Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1925

21.1.1925 (No. 21)

Visual Library

Nummer 21 — Karlsruhe, Mittwoch, den 21. Januar 1925 — 63. Jahrgang

Badischer Beobachter

Erscheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen. „Blätter für den Familientisch", „Kunst und Wissen" „Frauenrundschau" und „Sterne und Blumen". Schluß der Anzeigen-Annahme: nachm. halb 6 Uhr. — Drahtadr. Beobachter. — Postscheckkonto Amt Karlsruhe 1844. Fernspr.: Geschäftsstelle 535, Redaktion 572. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreis: monatl. durch Träger Mk. 2.30 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Mk. 2.20), wöchentl. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen. Anzeigenpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Reklamenteil 25 Pfg. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Betreibung und bei Konkurs wegfällt.

Krise von Genesung in Oesterreich.

Wien, 16. Januar 1925.

Die Neujahrsbetrachtungen in Oesterreich waren größtenteils auf die Prognose „ungünstig" gestimmt. Das ist im allgemeinen betrachtet vom rein persönlichen Standpunkt des Einzelmenschen sowie einer Reihe von Industriezweigen nicht ganz unberechtigt — Lohn und Gehalt sind niedrig, der Weihnachtsumsatz entsprach demzufolge weder den Hoffnungen der Beschenkten noch den Erwartungen der Verkäufer; die Industrie hatte schwere Krisen hinter sich; zuerst bewirkten die verfehlte Francspekulation, dann die Effektenbaisse, daß zahlreiche Kreditinstitute ins Wanken gerieten, was sich wieder in Mangel an flüssigem Geld umsetzte, woraus sich ein ungeheurer Zinsfuß für Leihkapital ergab, was wieder eine Absatzstockung bewirkte, die sich in Verminderung der Produktion und damit des Verdienstes einerseits, in Erhöhung der Arbeitslosigkeit andererseits wiederspiegelte; das alles ist richtig und wahr; die dadurch entstandene gedrückte Stimmung erzeugte Pessimismus, zu dem der Oesterreicher im allgemeinen neigt — das Resultat aller dieser verärgerten Stimmungen war, daß die nicht befriedigende Lage des Einzelnen auf den Zustand des Staates überwälzt und der „Sanierung" angekreidet wurde. So entstand das Wort von der „Scheinsanierung", die eine „Karikatur einer wirklichen Sanierung" geworden sei — dies konnte man dann in allen Tonarten lesen; in Oesterreich und außerhalb des Landes, wobei besonders im Deutschen Reiche die „Stimmen aus Oesterreich" einen düsteren Superlativ vertreten.

Es scheint daher nicht ganz zwecklos, auch der Kehrseite der Medaille einmal das Wort zu sprechen; nicht um schön zu färben oder die Schwierigkeit der Lage zu verschleiern, sondern um jenem Teil der Wahrheit die Ehre zu geben, der geeignet ist, ein einseitiges Aburteilen vorschnell zu vermeiden. — und gerade dies ist im Deutschen Reiche wertvoll!

Vor allem sei daher festgestellt, daß die Sicherheit der Stabilität der Krone gewährleistet erscheint, da die Nationalbank an jener energischen Währungspolitik festhält, die es dem englischen Pfund ermöglicht hat, in letzter Zeit fast die Goldparität zu erreichen. Weiter sei bemerkt, daß ein nicht unbedeutender Rest der Völkerbundanleihe erübrigt wurde, der die Erwartungen übertrifft, deren bei Aufstellung des Völkerbundplanes im Oktober 1922 Ausdruck gegeben wurde. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß der Zinsen- und Tilgungsdienst der Völkerbundanleihe vollkommen gesichert ist, da die Eingänge der Anleihepfänder mehr als hinreichend sind, um diesen Dienst zu decken. So betrugen zum Beispiel diese Eingänge (Zölle und Tabakmonopol) im November 332 Milliarden Papierkronen, während der Anleihedienst monatlich nur etwa 85 Milliarden Kronen erfordert.

Wenn man diese drei Tatsachen erwägt, so ist gewiß zu tiefgehendem Pessimismus oder gar Katastrophen-Voraussagungen kein Anlaß vorhanden — die staatliche Finanzwirtschaft schneidet im Jahre 1924 keinesfalls schlecht ab.

Es ist nun gewiß richtig, daß die Finanzlage eines Staates auf die Dauer von dessen allgemeiner Wirtschaftslage nachhaltig beeinflußt wird, daß diesbezüglich aber das Jahr 1924 schwere Enttäuschungen brachte — doch darf nicht vergessen werden, daß gerade in letzterem Fall im vergangenen Jahr abnormale Erschwernisse vorkamen, welche die normalen Hindernisse verstärkten. Zu den normalen gehört in erster Linie der Mangel an Absatzgebieten für die Industrieerzeugnisse; Einfuhrverbote, Zollschranken, Ansätze zu Hochschutzzöllen — das sind jene Erschwernisse, die zu beseitigen schwierig sind; in Handelsübereinkommen und Tarifverträgen eine freiere Anwendung zu erreichen, das wird der Sinn der österreichischen Außenpolitik im Jahr 1925 sein, ohne dabei gleich an Wirtschaftsunionen, Donauföderationen und dergl. zu denken. Dazu kommt die Fortführung der Ersparungsmaßnahmen im Inneren, Ersparnisse am Verwaltungspersonal, Abbau im Verwaltungsapparat, die gegenwärtig schwer durchführbar waren, weil der private Arbeitsmarkt nicht nur nicht aufnahmefähig war, sondern im Gegenteil selbst abbaute.

Unter diesen Prämissen soll nun keinesfalls, wie gezeigt, Schönfärberei getrieben werden; nein: die Lage ist nicht rosig! Die Gründe hierfür des Langen und Breiten anzuführen, erübrigt sich — ein Land, das aus einem großen geschlossenen Wirtschaftsgebiet über Nacht herausgerissen wurde, das durch Krieg und Nachkrieg zermürbt und verarmt ist, dem man den Großteil des von diesem Land der alten Reichshälfte gestellten Verwaltungsapparates zurückstößt — ein solches Land ist gewiß nicht leicht wiederaufzurichten, wirtschaftlich zu sanieren. Daß aber immerhin bisher viel erreicht wurde, soviel, daß man nicht ausschließlich Unkentöne hören sollte, das ist ganz evident. Dies sollte daher auch im Deutschen Reich etwas mehr gewürdigt werden — mehr als es gerade dort geschieht. Denn es trägt keinesfalls zum „verwischen der Grenzen" bei, wenn kaum jemals im Reich die Schwierigkeiten Oesterreichs besprochen werden, ohne daran Sensationsmeldungen über angebliche Donauföderationsgedanken zu knüpfen oder eine „echt österreichische Schlamperei" zu charakterisieren und so das Streben der österreichischen Politik zu verdächtigen oder die angeborene leichtere Sinnesart herabzusetzen.

Es ist ganz zweifellos, daß der Weg, den Oesterreich am harten Boden der Tatsachen zu wandeln gezwungen ist, schwer war und schwer bleibt; es ist menschlich verständlich, daß viele dem versunkenen Aten nachtrauern, weil es „damals besser" ging. Doch geschieht dies nicht allewegs und alle Tage auch im Reich? Klopft man sich im Reich an diese Stelle des reichsdeutschen Herzens, dann möge man sich auch an die ähnliche Lage Oesterreichs erinnern; dann möge man eingedenk sein, daß ein gemütvolles Verstehen mancher österreichischen Fehler heilsamer auf das gegenseitige Verständnis wirkt, als eine herbe, vielfach ungerechte und überhebliche Kritik; dann möge jeder bedenken, der den Zusammenschluß mit Recht predigt, daß ein saniertes Oesterreich für das Reich wertvoller sein wird, als ein chaotisiertes, daß aber an dieser Sanierung gearbeitet wird nach bestem Wollen und Wissen; wer dies aber einsieht, der möge die Verdächtigungs- und Sensationskritik ablehnen, die weit übers Ziel schießt, weil durch sie nur Gefühlsgegensätze geschaffen werden — zur Verbreiterung des Zusammengehörigkeitsgedankens ist auch etwas Aehnliches wie „Seelensanierung" im Reich gegenüber Oesterreich notwendig.

Fortgang der Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 20. Jan. „Petit Journal" meldet, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen über die Fragen, die nichts mit dem Zolltarif zu tun haben, fortgesetzt werden. Es sei unverkennbar, daß durch die Bildung des neuen Kabinetts in Berlin Störungen in dem Fortgang der Verhandlungen entstehen könnten. Es wäre sogar möglich, daß Staatssekretär Trendelenburg durch einen anderen Staatsmann ersetzt werde, der dem neuen Wirtschaftsminister Neuhaus näher stehe.

Der neue Reichsfinanzminister.

Berlin, 20. Jan. Der heute ernannte Reichsfinanzminister, Herr v. Schlieben wurde am 14. Juni 1875 zu Groß-Rinnersdorf in Schlesien geboren. Er studierte in Freiburg, Marburg und Berlin Rechtswissenschaft, war Regierungsassessor in Hanau und Düsseldorf, dann Landrat in Heilsberg in Ostpreußen und wurde 1916 Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat in der Reichskanzlei, um 1919 in das Reichsschatzamt, das heutige Finanzministerium, überzutreten, wo er am 1. September 1920 zum Ministerialdirektor ernannt wurde. Er leitete hier die Etatsabteilung und hat namentlich im vorigen Jahre bei der Sanierung der Finanzen entscheidend mitgewirkt.

Die Aussprache im Reichstag.

Reichstagsstimmungsbild.

(Eigener Drahtbericht.)

I. H. **Berlin**, 20. Januar.

Im Reichtag, wo heute die große politische Aussprache über die Regierungserklärung begann, herrschte ziemliche Kampfstimmung. Herr Breitscheid von den Sozialdemokraten eröffnete den Reigen, wie immer so auch heute gewandt und kampflustig, teilweise humorvoll, oft auch sarkastisch. Seine Rede war im großen und ganzen sehr geschickt, besonders ging Herr Breitscheid mit den volksparteilichen Krisenmännern, namentlich mit Herrn Stresemann ins Gericht. Das Grundmotiv, das in seinen Ausführungen klingt, läßt sich ganz kurz auf die Formel bringen: Warum wurde denn Herr Marx gestürzt, wenn Herr Dr. Luther genau das Gleiche machen will, was Herr Marx getan hat? Ist es so, so war die Krise überflüssig, ist es nicht so, dann war die Regierungserklärung von gestern nicht ehrlich gemeint", sagt Breitscheid. Breitscheid geht aufs Ganze. Er fordert die Deutschnationalen direkt heraus, Farbe zu bekennen. Der deutschnationale Zurufer Schlange ist dann auch so tölpelhaft genug, die Katze aus dem Sack zu lassen, indem er auf die Feststellung Breitscheids, daß das Kabinett Luther nur der Platzhalter der Monarchie sei, offenherzig brüllt: Gott sei Dank! Eine stürmische Entrüstung und — Genugtuung über diese Offenheit der listigen Schlange bricht auf der Linken los. Luther unterhält sich sofort mit dem deutschnationalen Innenminister Schiele, verschiedene deutschnationale Abgeordnete, die mit den Zurufen Schlanges nicht einverstanden sind, reden lebhaft auf Schlange ein. Der Sturm legt sich, Breitscheid fährt fort. Was er über die Außenpolitik sagt, braucht man nicht in allen Punkten zu unterschreiben, auch die Belehrung Breitscheids für das Zentrum war überflüssig, das Zentrum weiß ohne Herrn Breitscheid, was es zu tun und zu lassen hat.

Nach Breitscheid folgte Westarp. Er hatte keinen guten Stand dem Hause und der Wählerschaft gegenüber, an die er sich wohl in erster Linie wandte, den Zwiespalt der beiden Seelen klar zu machen, die in der deutschnationalen Brust wohnen. Ausgerechnet Westarp, der unentwegte Gegner, der republikanischen Verfassung und des parlamentarischen Systems, sollte eine Sache verteidigen, die wahrhaftig nicht die seinige sein kann. Aber der Graf Westarp erfüllte seine Pflichten so gut er eben konnte. Wenn er dabei auch manchen süßen Tropfen in den sauren Wein goß, so tat er es wohl deshalb, um dem radikalen völkischen Flügel seiner Partei die Sache schmackhaft zu machen. Aber schließlich konnte Herr Westarp aus seinem Herzen keine Mördergrube machen, und so sprach er es am Ende seiner krummen Winkelzüge unumwunden aus, daß die Deutschnationalen nur deshalb zur Futterkrippe gedrängt hätten, weil sie die absolute Macht im Staate wollen, um sich gegebenenfalls rücksichtslos durchzusetzen. Sie wollen die Verfassung von Weimar nur als Mittel zum Zweck, als Grundlage der staatlichen Restaurierung der Monarchie. Graf Westarp ließ an Deutlichkeit heute nichts zu wünschen übrig, so daß er einen so nüchternen Realpolitiker wie den Zentrumsabgeordneten Prälat Kaas zu dem Zwischenruf herausforderte: „Das war die wirkliche Regierungserklärung."

Nach den Reden Westarps und Breitscheids war es eine Erlösung, als der Sprecher des Zentrums, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, auf die Abgabe einer Erklärung der Zentrumsfraktion sich beschränkte, die in der Form ebenso vollendet wie in der Sache durchaus der Lage Rechnung tragend abgefaßt, eindeutig und klar war und auf das Haus wie auf die Ministerbank einen geradezu erschütternden Eindruck machte. Dr. Luther horchte gespannt auf, Dr. Stresemann, für den es zwischen den Zeilen allerhand zu lesen gab, errötete, wurde bleich und steckte den Kopf zwar nicht in den Sand, aber zwischen die Achseln. Ihm ist es nicht wohl dabei, fast könnte man so etwas wie Mitleid empfinden.

Der volksparteiliche Redner, Herr Scholz hatte alle Mühe, die Wirkung der Zentrumserklärung abzuschwächen. Es gelang ihm nicht, so sehr er sich auch abmühte, für seine Partei und für ihren Führer Stresemann eine konsequente Linie zu beanspruchen. Immer wieder gellte ihm der Ruf in die Ohren: „Krisenmacher". Nach der Rede Scholz folgten noch die üblichen Scheinkrämpfe der Kommunistin Ruth Fischer, welche die parlamentarische Stilblütensammlung heute noch um ein Exemplar vermehrte, als sie unter dem dröhnenden Gelächter des Hauses vom Zentrumsturm sprach, dem man einen schweren Bissen in den Magen geworfen hätte. Eine Reihe von Ordnungsrufen, die vom Präsidium im Verlaufe der Debatte erteilt wurden, charakterisiert die Kampfstimmung der Sitzung.

Die politische Aussprache.

Berlin, 20. Jan. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Luther mit sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Min. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung. Verbunden damit ist die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1925. Eingegangen ist ein Mißtrauensvotum der Kommunisten. Als erster Redner der Parteien nimmt das Wort Abg. Dr. Breitscheidt (Soz.). Er stellt fest, daß die gestrige Regierungserklärung sich von den verschiedenen programmatischen Darlegungen der letzten Jahre unterscheide. Bemerkenswert sei der Eifer gewesen, mit dem sich Reichskanzler Dr. Luther bemüht hat, möglichst viel Probleme, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit interessieren, zu berühren. Es war sozusagen eine Reise in unserer gesamten Politik herum. Es gibt nichts, worauf die neue Regierung nicht ihre Aufmerksamkeit zu lenken habe. Es gibt nichts, woran sie nicht denkt, womit sie sich nicht beschäftigt. (Heiterkeit.) Die Montagserklärung hätte auch ein Kabinett Marx abgeben können. Darin habe man sich eigentlich getäuscht. Stresemann habe mit einer Konsequenz, die sonst nicht seine starke Seite sei, den Bürgerblock zustande gebracht. (Heiterkeit links.) Die Bemühungen um das Zustandekommen des Bürgerblocks scheiterten zunächst an dem sehr anerkennenswerten Widerstand der demokratischen Fraktion. (Lebhafte Aha-Rufe rechts.) An der Haltung des Zentrums scheiterte die Wiederherstellung der Weimarer Koalition. Der Redner richtet dann die Frage an den Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth, wie er sich mit seinen näheren Freunden zum neuen Bürgerblock stelle. Das rheinische Zentrum habe sich dagegen erklärt. Der Redner erinnert an die Vorgänge im Preußischen Landtag bei der Regierungserklärung wegen der Nichträumung der Kölner Zone. Dabei war die Abneigung der Rechten gegen einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stärker als ihr Nationalismus. (Stürmischer Widerspruch rechts und Pfuirufe.) Im Laufe seiner Rede kommt Abg. Breitscheidt im Zusammenhang mit der Frage der Räumung der nördlichen Rheinzone auch auf die Verhältnisse bei der Reichswehr zu sprechen und behauptet, im Besitz von Material zu sein, wonach deutsche Studenten zeitweilig bei der Reichswehr Uebungen abhalten. Abg. Henning (N.Soz.) ruft daraufhin dem Redner zu: Wieviel bekommen Sie von Frankreich für diese Rede bezahlt? Es entsteht große Unruhe im Hause und der Präsident ruft den Abg. Henning und kurz darauf infolge einer Erwiderung auch den Redner, Abg. Breitscheidt, zur Ordnung. Der Redner fragt den Außenminister, ob die Mitteilungen über die Kompromisse in der Räumungsfrage richtig seien. Es scheine, als ob die Beschwerden der Kontrollkommission nicht mehr so recht abzuweisen seien. (Stürmischer, anhaltender Widerspruch; lebhafte Rufe: Landesverräter; anhaltende große Unruhe.) Studenten haben sich zu Uebungen bei der Reichswehr verpflichtet. Dieser kindische Unfug sei zwar Frankreich nicht gefährlich, aber der Wehrminister sollte ihn nicht zulassen. (Andauernde große Unruhe und Erregung.) Die Sozialdemokraten dürfen sich nicht hindern lassen, offenkundige Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen bekanntzugeben. (Zuruf des Abg. Henning (N.Soz.): Werden Sie etwa von Frankreich bezahlt?) (Großer Lärm.) Präsident Loebe: Ich habe den Zuruf nicht verstanden. Ist es richtig, daß der Abg. Henning gefragt hat, ob diese Rede von Frankreich bezahlt wird? Abg. Henning: Ja. Präsident Loebe: Dann rufe ich den Abg. Henning zur Ordnung.) Abg. Breitscheidt: Das ist ein Lump! (Präsident Loebe ruft den Abg. Breitscheidt zur Ordnung.)

Abg. Breitscheidt fortfahrend: Finanzskandale und Korruption seien nicht unvermeidliche Begleiterscheinungen der Revolution und der Republik. (Lachen rechts.) Es scheine, als ob das Kabinett Luther zum Teil wenigstens einer so geschaffenen Atmosphäre seine Existenz verdanke. (Unruhe.) Barmat-Affäre und Magdeburger Prozeß hängen hier eng zusammen. Für jeden anständigen Menschen sei das Magdeburger Urteil nichts anderes als die Diskreditierung der deutschen Justiz. (Beifall links.) Der Redner weist auf Skandalprozesse aus der Zeit der Monarchie hin. Gerade die Sozialdemokratie hätte gegen die Kreditpolitik der Post Einspruch erhoben. Wenn bei der Untersuchung etwas herauskomme, was die sozialdemokratische Partei belaste, so werde sie ihr Haus rein zu halten wissen. Der Redner wendet sich dann kritisch gegen die einzelnen Minister und wirft Finanzminister v. Schlieben vor, daß er die Arbeiterlöhne nicht erhöhen wolle. (Zwischenruf des Reichskanzlers Dr. Luther: Um die Währung zu stabilisieren.) In Herrn Geßler könne man den Reichswehrminister von Ewigkeit zu Ewigkeit sehen. (Große Heiterkeit. Reichswehrminister Geßler verbeugt sich.) Herr Schiele sei ein eifriger Vorkämpfer des Landbundes und habe als Johanniterritter dem Prinzen Eitel Friedrich die Treue geschworen. Von Neuhaus habe mit dem Dementi seiner Verbindung mit den Rathenaumördern bis zu dem Augenblicke gewartet, wo er ein Ministerportefeuille erhalten sollte. Dr. Breitscheidt schließt mit einer Absage an das Kabinett, dem er sein Mißtrauen ausspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Loebe teilt mit, daß von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung folgender Vertrauensantrag eingegangen ist: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.“ Die Sozialdemokraten haben einen besonderen Mißtrauensantrag eingebracht.

Abg. Graf Westarp (D.Natl.) erklärt sich bereit, den Antrag auf Billigung der Regierungserklärung anzunehmen, um es der Regierung so zu ermöglichen, die Geschäfte des Reiches zu führen. Wir haben dem Eintritt von Parteimitgliedern und eines Fraktionsmitgliedes in das Kabinett zugestimmt. Leicht ist uns dieser Entschluß nicht gemacht worden. (Lachen links.) Er war nur durch das weiteste Entgegenkommen von unserer Seite und durch schwere Opfer unserer Ansprüche möglich. (Erneutes Lachen links.) Das Ergebnis der neuen Regierungsbildung befriedigt uns nicht vollkommen. Es ist ein Anfang, ein erster Schritt, ein Versuch, keine endgültige und befriedigende Lösung. (Großes Gelächter links.) Der jetzige Anteil an der Regierung entspricht nicht der Tatsache, daß wir die weitaus stärkste Regierungspartei sind. (Lärm links.) Es wäre richtig gewesen, wenn die Regierungsparteien das Vertrauen in unzweifelhafter Form ausgesprochen hätten. Wir hätten ein direktes Vertrauensvotum gewünscht im Einklang mit dem Reichskanzler und der Deutschen Volkspartei. Leider habe sich das Zentrum diesem Gedanken versagt. Wenn damit durchaus eine losere Verbindung zum Ausdruck gebracht werden soll, so nehmen wir das gleiche Recht für uns in Anspruch, nicht voll gebunden und verantwortlich zu sein. (Aha-Rufe links.) Politisch legen wir entscheidenden Wert darauf, daß auch die anderen Parteien ebenso wie wir die Annahme der Billigungsform in voller Geschlossenheit aussprechen. (Hört, hört!) Ob damit die Sicherheit der Regierungsverhältnisse wirklich gewährleistet ist, wird die Zukunft erweisen. Sie wird aufs schwerste gefährdet sein, wenn nicht auch in Preußen der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Führung der Geschäfte aufhört. (Lebhafter Beifall rechts, stürmische Aha-Rufe der Sozialdemokraten.) Graf Westarp erklärt dem Zentrum, daß sein Vertrauen in die Haltbarkeit und Brauchbarkeit dieses Regierungszusammenschlusses im Reiche wesentlich davon abhängig sein werde, ob das Zentrum in Preußen an dem Bündnis mit Braun und Severing festhalten wolle. (Bewegung, lebh. Unruhe.) Auch sachlich bedeutet eine sozialdemokratische Regierungsgewalt in Preußen schwerste Hemmnisse für die von der neuen Regierung beabsichtigte sachliche Arbeit im Reiche. (Großer Lärm links, Beifall rechts.) Nur der Umstand, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen stehe, habe es diesen überhaupt ermöglicht, am Kabinett Luther teilzunehmen. Sie hätten damit eine Pflicht dem Vaterland gegenüber erfüllt, das unbedingt eine handlungsfähige Regierung brauche. Kein Politiker zweifle daran, daß nach der Aufdeckung des Korruptionssumpfes eine Neuwahl für die Linke endgültig vernichtend sein würde. (Lebhafter Widerspruch der Sozialdemokraten.) Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl werde diese Voraussage bestätigen. Die nationale Bewegung müsse auch in Gesetzgebung und Verwaltung den gebührenden Einfluß erhalten. Die Deutschnationalen würden weiter kämpfen, um zu vollkommeneren und besseren Ergebnissen zu gelangen. Der Inhalt der Regierungserklärung ermögliche den Deutschnationalen die Billigung, obwohl ausgesprochen werden müsse, daß sie manche Konzession an die Linke enthalte, die besser unterblieben wäre. Begrüßenswert sei der Entschluß, der für die Deutschnationalen maßgebend war, endlich zu sachlicher Arbeit zu kommen. Wenn die Sozialdemokratie die Unabhängigkeit wahre, könne der Reichstag durchaus sachliche Arbeit leisten. Begrüßenswert sei auch das Bekenntnis zur christlichen Grundlage unserer Kultur. (Beifall rechts.) Mit eisernem Besen müßten Sauberkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens wieder hergestellt werden. Zu den Aufgaben des Innenministers gehöre besonders die bessere Beachtung der föderalistischen Rechte der Bundesstaaten und die Befreiung und Förderung der vaterländischen Bewegung. (Lebhafte Aha-Rufe links.)

Die Regierung müsse die nötigen Aenderungen des Abkommens durchsetzen. Die Nichträumung der Kölner Zone sei ein Rückfall in die Sanktionspolitik. Die deutsche Note hätte die Verletzung deutschen Rechtes noch klarer und erschöpfender darlegen müssen. Die Entwaffnungsfrage sei für die Alliierten nur ein Vorwand. Der Redner verweist dann auf den neuen Rechtsbruch im Osten und fordert Gegenmaßnahmen der Reichsregierung. Das Handelsprovisorium mit Frankreich werde so lange nicht zustande kommen können, als die Franzosen bei ihrer Haltung verblieben. Ein Aufnahmeantrag in den Völkerbund dürfe keine Wiederholung des Schuldbekenntnisses bringen. Für die amtliche Widerrufung der Kriegsschuldlüge würden die Deutschnationalen all ihren Einfluß einsetzen.

Der Redner erklärt sich zu gemeinsamer Arbeit mit den anderen Regierungsparteien bereit, obwohl Volksgemeinschaft noch nicht volle Gesinnungsgemeinschaft zu bedeuten brauche. Selbstverständlich müsse die Verfassung anerkannt werden, selbstverständlich werde keine Aenderung durch Gewalt beabsichtigt. Zu begrüßen sei die Regierungserklärung nach der Richtung, daß eine Nachprüfung der Verfassung mit dem Ziele der inneren Gesundung erfolgen solle. Dabei müsse besonders das Eigenleben der Länder beachtet werden. Auch auf dem Gebiete der Außenpolitik müsse man an den letzten Grundsätzen und Zielen festhalten. Das Deutsche Reich könne sich nicht durchsetzen, wenn nicht dahinter ein starker Wille des ganzen Volkes stehe, der Wille zur Macht des Staates. (Lebh. Beifall rechts, Lärm links.) Der Redner fordert eine Erneuerung des Volkes, Abkehr vom Materialismus, christliche Jugenderziehung und christliche Kultur als Grundlage des staatlichen und des öffentlichen Lebens, soziale, wahre Volksgemeinschaft, Wahrung deutscher Eigenart und deutscher, geschichtlicher Ueberlieferung. Der Redner fordert einen festen nationalen Willen, der darauf gerichtet ist, die Nation und das Reich von Schwach und Knechtschaft zu befreien. (Lebh. Beifall.) Präsident Loebe ruft den Abg. Graf Westarp nachträglich zur Ordnung, weil er auf einen Zuruf des Abg. Dittmann (Soz.), der sich auf Helfferich bezog, mit einem scharfen Ausdruck erwiderte. Wegen gegenseitiger Zwischenrufe zwischen den Abg. Graf Westarp und dem Abg. Kuhnt (Soz.) werden beide noch einmal zur Ordnung gerufen.

Eine Erklärung der Zentrumsfraktion.

Abg. Fehrenbach (Zentr.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Das Zentrum verfolgte immer das Ziel, alle zu verantwortlicher, politischer Aufbauarbeit auf dem Boden der bestehenden Reichsverfassung bereiten Kräfte zu praktischem politischem Zusammenwirken heranzuziehen. Diesem Ziel diente sein Eintreten für den Gedanken der Volksgemeinschaft und für die große Koalition. Diese Möglichkeiten sind vorerst zunichte geworden. Unter diesen Umständen mußte die Fraktion versuchen, ihre Politik auch im Rahmen einer Minderheitsregierung zu verwirklichen. Das Resultat der letzten Wahlen mußte, rein sachlich gewertet, auch heute noch für eine Politik der Mitte oder der großen Koalition eine tragbare Mehrheit ergeben, wenn alle diejenigen, die diese Politik bisher unterstützten, daran festgehalten hätten. Im Gefolge der Aufkündigung der Koalition durch die Volkspartei sind aber alle Bemühungen des Reichskanzlers Marx gescheitert.

Angesichts der Gefahr einer weiteren Hinauszögerung der Krise hat die Fraktion aus staatspolitischen Erwägungen heraus sich den opferbollen Entschluß abgerungen, unter dem Vorbehalt aufmerksamster Prüfung der künftigen Politik und unter Ablehnung jeder fraktionellen Gebundenheit in eine personale und beschränkte Beteiligung an dem neuen Kabinett einzuwilligen. Die im gegenwärtigen Kabinett verwirklichte Notlösung entspricht nicht den grundsätzlichen und tatsächlichen Anforderungen, die an eine auf Dauer berechnete Regierung gestellt werden müssen. Die Fraktion tritt in diese neue Periode ein mit ernster Sorge für die weitere Gestaltung der Geschicke Deutschlands, besonders angesichts der ernsten außenpolitischen Lage. Der Amtsantritt der neuen Regierung wird besonders im besetzten Gebiet mit wachsamer Sorge betrachtet. Die Bevölkerung erwartet, daß man ihr vermeidliche Kämpfe erspart. Die Fraktion erwartet, daß der neue Reichskanzler den bisherigen außenpolitischen Kurs bejaht, und daß sich die realpolitische Einsicht des neuen Kanzlers durch keine Kräftegruppe seines Kabinetts nach einer Richtung abdrängen lassen wird, in der wir ihm sachlich nicht mehr zu folgen vermöchten. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch für unsere Voraussetzungen verfassungsrechtlicher, wirtschaftlicher und staatspolitischer Art. Dem Christentum muß als überragender Kulturmacht der gebührende Einfluß eingeräumt werden. Unbedingt erforderlich ist die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes und die Aufrechterhaltung des Bekenntnisschulwesens. Die Fraktion werde die Regierung nach ihren Taten beurteilen. Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Scholz (Dt. Vpt.) begrüßt das Zustandekommen der neuen Regierung. Es mußte endlich einmal eine verantwortliche Regierung zustandekommen, die über eine Mehrheit verfügt. (Widerspruch links.) Auch die Volkspartei betrachtet das jetzige Kabinett als eine Etappe; auch sie wird zunächst die Taten der Regierung abwarten. (Lachen links.) Das bedeute kein Mißtrauen. Die Deutsche Volkspartei könne der Regierungserklärung in fast allen Punkten rückhaltlos zustimmen und habe zu den Ministern das volle Vertrauen, daß sie ihre Versprechen erfüllen werden. Es dürfe nicht Gepflogenheit im Reichstage werden, einzelne Regierungsmitglieder, die ein ehrenwertes Beamtenleben hinter sich haben, hier mit Mißtrauen und Gehässigkeit zu empfangen, wie es Breitscheid getan habe. Die Volkspartei werde auf dem für richtig erkannten Wege bleiben. — Der Redner erhebt Einspruch gegen die Weiterbesetzung Kölns. Er fordert dann noch eine Heraufsetzung des wahlfähigen Alters, Hebung der Produktion, Beschränkung der Einfuhr und Vermehrung der Ausfuhr, Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen, Erhöhung der Aufwertungsprozente unter Ausschluß der Inflations- und Aufwertungsgewinnler. Von der Regierung erwarte man eine gesunde nationale Realpolitik. Redner wendet sich gegen das so oft mißbrauchte Wort vom „Bürgerblock“ und erklärt: „Wir können keinen Gegensatz zwischen Bürgerschaft und Arbeitertum, wir kennen nur Deutsche!“ (Lebhafter Beifall.)

Als letzte sprach in der Reihe der Redner Frau Gohlke (Komm.), die den Sozialdemokraten vorwarf, sie seien die Ursache der jetzigen Regierung, und auch Herr Breitscheid mit seiner langen Gestalt werde jederzeit bereit sein, dem Reichstag Dr. Luther als Balancierstange zu dienen. (Heiterkeit.) In der Sozialdemokratie werde das Kabinett willige Helfershelfer finden, wenn es gelte, die Arbeiter niederzuknüppeln. Als die Rednerin dann von der „deutschen Zuchthausrepublik“ spricht, wird sie zur Ordnung gerufen. — Darauf vertagt das Haus die weitere Besprechung der Regierungserklärung auf Mittwoch, 2 Uhr. Der Gesetzentwurf über das Reichsschiedsamt wird noch angenommen. — Schluß der Debatte 5.15 Uhr.

*

Das Ausland zur Regierungserklärung

Stimmen aus Paris.

Paris, 20. Januar. Zu der Regierungserklärung Dr. Luthers nimmt nur ein Teil der Pariser Morgenblätter Stellung. „Echo de Paris“ nennt sie farblos. Marx, Hermann Müller und Wirth hätten seinerzeit dieselbe Sprache geredet. Das Blatt weist darauf hin, daß Luther die Geschäfte in einem Augenblick übernehme, wo die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich fortschreitend bessere, was selbstverständlich die Aussichten des Kabinetts auf erfolgreiches Wirken beträchtlich erhöhe. Aus diesem Grunde wäre es angezeigt, mit Voraussagen über die Lebensfähigkeit des Kabinetts vorläufig zurückzuhalten. Es sei zu bedenken, daß das Kabinett Cuno sich acht Monate lang habe halten können. Alles werde von der einen Tatsache beherrscht, so schreibt der Berliner Vertreter des Blattes, daß die deutschen Reaktionäre am Ruder sind. Es sei aber nicht anzunehmen, daß sie zu einer allgemeinen Offensive auf dem Gebiet der auswärtigen oder inneren Politik ausholen werden. Es könne sogar der Fall eintreten, daß das [illegible] sich verpflichtet zeigen werde, um die Sympathie des Auslandes zu gewinnen. Vielleicht werde sogar Staatssekretär Trendelenburg Anweisung erhalten, die den Fortgang der Wirtschaftsbesprechungen ermöglichen. — In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die meisten Blätter übereinstimmend einen Beweis für die Versöhnlichkeit der neuen deutschen Regierung in der Fortführung der Wirtschaftsverhandlungen erblicken.

„Oeuvre“ steht dem Kabinett Luther noch immer mißtrauisch gegenüber. Das Blatt erklärt, man werde Luther nach seinen Handlungen beurteilen müssen. — Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die französische Presse die Angriffe auf die neue deutsche Regierung eingestellt hat und eine abwartende Haltung einzunehmen scheint.

London über die Erklärungen Luthers.

London, 20. Januar. Die englische Presse bringt ausführlich die Erklärungen Dr. Luthers im Reichstag, enthält sich jedoch noch jeder Meinungsäußerung. Nur die „Daily Mail“ kann nicht umhin, ihren üblichen Vorstoß gegen Deutschland zu unternehmen. Sie überschreibt die Aeußerung Dr. Luthers, daß die deutschen Exporte vermehrt werden müßten, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seine Kaufkraft auf dem Weltmarkt zu verbessern, mit der Schlagzeile „Deutscher Handelsvorstoß“. Der Takt seiner Rede habe den Eindruck nicht aufgehoben, der durch die Mitteilung geschaffen worden sei, daß zwei weitere Beamte, die durch nationalistische Sympathien bekannt seien, für die vakanten Posten im Kabinett ernannt worden seien.

Zweite Opiumkonferenz.

Erklärungen der englischen und französischen Delegation.

Genf, 20. Jan. Die zweite Opiumkonferenz wurde gestern von dem dänischen Gesandten in Berlin Zahle eröffnet. Unter den neuen Delegierten bemerkte man Lord Robert Cecil, den französischen Kolonialminister Deladier und den bekannten holländischen Rechtsgelehrten Loudon. Deutschland war durch Minister a. D. v. Eckhardt, den Genfer Generalkonsul Aschmann und den Sekretär Anselmino vertreten. Die Verhandlungen begannen mit einer Rede Lord Cecils, der das gesamte Opiumproblem erneut aufrollte und erklärte, die englische Regierung verpflichte sich, innerhalb von 15 Jahren das Opiumrauchen in den englischen Kolonien von Asien völlig abzuschaffen. Deladier erklärte, Frankreich sei bereit, für Indochina dieselbe Verpflichtung zu übernehmen, die die englische Regierung unterbreitet habe.

Baden.

Ein „Großdeutscher Reichsherold“

„für Thron und Altar, für Kaiser und Reich“ wird in dem „Beduka“-Verlag in München herausgegeben als Wochenblatt. Das Blatt, dessen erste Nummer uns vorliegt, will ein Organ für deutsche, katholische Monarchisten sein. Es bezeichnet sich als „von keiner Partei abhängiges Blatt“ „für organische Politik, Föderalismus, Kultur und Tradition“. Herausgeber und Schriftleiter ist Herr Gustav Stezenbach, ein Badener. Wie sich aus dem einleitenden Aufsatz ergibt, tritt das Organ für eine Wahlmonarchie ein, wie das alte deutsche Reich in früheren Jahrhunderten eine Wahlmonarchie war. Der Herausgeber meint, die Wahlmonarchie komme dem demokratischen Zug unserer Zeit näher als die Erbmonarchie. Für großdeutsch erklärt sich der Reichsherold im Gegensatz zum kleindeutsch preußischen Kaisertum.

Mag sein, daß das Blatt seine Mission hat und auf eine größere oder kleinere Gemeinde rechnen kann. Wir würden dem Herausgeber und Redakteur jedoch raten, sich möglich wenig polemisch mit dem Zentrum zu befassen, damit es das Blatt nicht in den Verdacht bringt, schließlich doch nicht so ganz unabhängig zu sein, wie der „Großdeutsche Reichsherold“ angibt. Diese Polemik ist gleich in der ersten Nummer vertreten und zwar in ziemlich einseitiger Auffassung. Das Zentrum ist heute, was es von jeher war: nur wirkt es heute im republikanischen Reich und Staat. Daraus ergeben sich naturgemäß gewisse Verschiedenheiten gegen früher. Die Einstellung der Zentrumspartei zu der Regierungsform von heute ist durchaus loyal ebenso, wie die Zentrumspartei früher zur konstitutionellen Monarchie loyal eingestellt war, weil früher die Monarchie, wie heute die Republik die rechtmäßige Staatsautorität darstellte. Persönlich war es früher, wie heute jedem Zentrumsanhänger überlassen, sich zum monarchischen oder republikanischen Staatsideal zu bekennen. Wenn das heute eher betont wird als früher, so hängt das, wie eigentlich selbstverständlich ist, damit zusammen, daß diese Fragen seit 1918 wieder aktuell geworden sind, während vor dem Krieg niemand daran dachte, daß in absehbarer Zeit in Deutschland wieder einmal die Frage ob Monarchie oder Republik in der praktischen Politik eine Rolle spielen könnte. Die rechtmäßige Staatsform war daher damals einfach die Monarchie der gegenüber selbst Demokraten und sogar Sozialdemokraten öfters Loyalitätserklärungen abgaben.

Es hat darum keinen Wert, darüber in Erörterungen einzutreten, ob das Zentrum früher grundsätzlich monarchistisch eingestellt war oder nicht. Grundsätzlich sind die Dinge so und bleiben so, wie wir in vorstehendem dargelegt haben. Daran ändert die Stellungnahme der Mindtforstbunde von heute zur Republik nichts, wie auch ähnliche Aeußerungen von früher in monarchistischem Sinn nichts ändern.

Politik in der Schule.

Herr Reichstagsabgeordneter Adam Röder hat jüngst in seiner Südd. Cons. Corr. von einem Fall berichtet, in dem ein Konfirmand seinem katholischen Vater berichtete, der Pfarrer habe ihnen gesagt, die Katholiken hätten den evangelischen Kaiser Wilhelm vertrieben. Genaueres schreibt nunmehr darüber ein Karlsruher Mitarbeiter der Deutschen Bodenseezeitung Nr. 14. Wir lesen da:

Ein Pädagoge und Religionslehrer eigener Art scheint der evangelische Stadtpfarrer Renner in Karlsruhe zu sein. Der Genannte, der der deutschvölkischen Partei angehört, und diese Zugehörigkeit offenbar auch im Religionsunterricht in der Schule zum Ausdruck bringt, soll vor kurzem in einer Religionsstunde im Anschluß an die Auslegung einer biblischen Geschichte zunächst die Juden beschimpft und auf den lauten Protest der Schüler, die schrien, ihr Lehrer habe ihnen das anders erklärt, gesagt haben: „Das wird auch so ein schöner katholischer Bruder sein, einer von denen, die das evangelische Kaisertum zerstört haben.“ So geschehen in der 8. Klasse einer Volksschule in Karlsruhe! Ist gegen eine derartige Verleumdung und Beschimpfung des katholischen Volksteils bisher etwas Durchgreifendes geschehen? Nein! Die evangelischen Schüler allerdings ließen sich die Beschimpfung ihres katholischen Lehrers nicht gefallen und wiesen den deutschvölkischen Prediger recht derb und in ihrer Art zurecht. Aber darüber hinaus ist's bisher still; auch im Unterrichtsministerium scheint man von dem Fall nichts zu wissen. Man täusche sich dort aber nicht — die Katholiken lassen sich nicht derart behandeln, unter keinen Umständen.

Wir halten es für an der Zeit, nachdem jetzt mehrfach in der Zeitung Andeutungen gemacht worden sind, daß auch von der bezw. den Behörden aus, die doch zweifellos mit der Sache beschäftigt worden sind, etwas Authentisches über den Vorgang mitgeteilt wird. Denn es ist doch ganz selbstverständlich, daß, wenn richtig ist, was hier berichtet wird auch irgend etwas geschehen ist, um solchen Mißbrauch des Religionsunterrichtes zu völkischen politischen Zwecken als das zu brandmarken, was er ist: der Versuch einer schlimmen konfessionellen Verhetzung mit parteipolitischem Einschlag. Und so sehr wir die Freiheit des Religionslehrers innerhalb der Grenzen des Religionsbekenntnisses hochhalten so sehr müssen wir verlangen, daß kein Unterricht, welcher es auch sei, zur konfessionellen Verhetzung gegen ein anderes Bekenntnis und zur parteipolitischen Polemik mißbraucht wird.

Ein neuer Revolutions-Prozeß.

w. München, 19. Januar.

Dieser Tage fand vor dem Amtsgericht München-Au unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Frank ein Nachspiel zur Revolution vom November 1918 statt. Der frühere bayerische Kriegsminister, General der Kavallerie, Freiherr von Hellingrath, hatte Beleidigungsklage gestellt gegen den verantwortl. Schriftleiter des „Traunsteiner Wochenblattes“ Anton Miller. Sowohl der Privatkläger wie der Beklagte waren mit ihren Rechtsbeiständen zur Verhandlung erschienen. Die Beleidigung war in einem Artikel des genannten Blattes vom November 1924 enthalten, worin es hieß, der Kriegsminister von Hellingrath habe sich bei der Nachricht über den Ausbruch der Revolution am 7. November 1918 geäußert: „Die Revolution, um Gottes willen und ich bin noch in Uniform!“ Diese Aeußerung wurde später in dem genannten Blatte nochmals wiederholt, ebenso hatte der Angeklagte in einer Wahlversammlung in Traunstein die gleiche Aeußerung dem Kriegsminister in den Mund gelegt, bei welch letzteren Gelegenheit der Angeklagte noch hinzugefügt haben soll, daß Kriegsminister Hellingrath im November 1918 den Befehl erlassen habe, daß kein Widerstand geleistet werden dürfe und daß die Verteidigungsmaßnahmen rückgängig zu machen seien. Bei der Gerichtsverhandlung bestritt der Kläger entschieden, derartige Aeußerungen getan zu haben. Der Angeklagte erklärte in der Verhandlung, er habe nicht behauptet, daß Kriegsminister Hellingrath den strittigen Befehl erlassen habe, sondern das „Kriegsministerium“. Der Kläger von Hellingrath gab eine eingehende Schilderung seines seinerzeitigen Verhaltens vom 7. November 1918. Ein Befehl, daß Widerstand nicht zu leisten sei, sei nicht gegeben worden; ein solcher Befehl hätte in München nur dem Stellvertreter des Generalkommandos zugestanden. Eine Verteidigung des Kriegsministeriums sei weder erwogen noch geplant gewesen. Bei der Zeugenvernehmung bestätigte Oberst von Greß die Angaben des Klägers vollinhaltlich. Der ebenfalls als Zeuge vernommene frühere bayerische Landtagsabgeordnete Gandorfer sagte unter Eid aus, daß Kriegsminister von Hellingrath im Landtagsgebäude in Anwesenheit des damaligen Ministerpräsidenten von Dandl die eingangs erwähnte Aeußerung habe fallen lassen; er habe damals den Eindruck gehabt, daß der Kriegsminister Furcht gehabt habe. — Der Gerichtshof beschloß daraufhin entsprechend einem Antrag des Klagevertreters, die Verhandlung einstweilen auszusetzen und zum nächsten Termin den einzigen Zeugen, der neben Gandorfer die erwähnte Aeußerung gehört haben soll, den derzeitigen Präsidenten des Landesfinanzamts Würzburg, von Dandl als Zeugen zu laden.

Zentrumsanträge im Reichstag.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat eine große Anzahl von Anträgen im Reichstag eingebracht, deren wichtigste wir nachstehend mitteilen:

Kulturpolitik.

Zunächst wird die Reichsregierung ersucht,

1) mit Beschleunigung einen Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikel 146, Abs. 2, der Reichsverfassung ((Reichsschulgesetz);

2) einen Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 149 der Reichsverfassung (Religionsunterricht);

3) Grundsätze für die Ausführung des Artikel 147 der Reichsverfassung (Privatschulwesen) vorzulegen.

Weiter wird gewünscht, daß die Reichsregierung alsbald durch einen Gesetzentwurf die Grundsätze für die Lehrerbildung (Art. 143 Abs. 2 der Reichsverfassung) aufstellt; in diesem Entwurf ist den Erfordernissen der Bekenntnisschule gebührend Rechnung zu tragen.

Ein weiterer Antrag fordert die Reichsregierung auf,

1) möglichst umgehend in eine Nachprüfung des Lichtspielgesetzes einzutreten und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen;

2) weitere gesetzliche Maßnahmen zu treffen, die dem notwendigen Schutz unserer Volkskultur und unserer Jugend dienen, insbesondere soweit es sich um die Bekämpfung von Schund und Schmutz und den Schutz unserer Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen handelt;

3) möglichst bald an eine gesetzliche Regelung des öffentlichen Theaterwesens heranzutreten unter besonderer Berücksichtigung des gemeinnützigen Theaters und der volksbildnerischen Beeinflussung des künstlerischen Laientheaters, wobei die Jugendbewegung und der Heimatgedanke besondere Förderung finden.

Sozialpolitik.

Ganz besonders eingehend sind die Anträge, die das Zentrum in sozialen Angelegenheiten eingebracht hat. Die Anträge für den gewerblichen Mittelstand haben wir bereits mitgeteilt.

Ein besonderer Antrag wünscht

die unverzügliche Vorlage des Entwurfs eines Arbeitsgerichtsgesetzes und zwar vor allem mit Rücksicht auf den mangelhaften und unsicheren Schutz der ländlichen Arbeitnehmer durch die bestehenden Rechtsmittel und auf der Grundlage des am 6. Juni 1923 dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der über diese Vorlage stattgefundenen Verhandlungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Ein anderer Antrag ersucht die Reichsregierung,

auf Grund des Art. 165 der Reichsregierung den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte durch eine geordnete Vertretung in der Wirtschaft und ihren öffentlich rechtlichen Organen zu gewähren. Besonders dringlich erscheint die Errichtung des verfassungsmäßigen Reichswirtschaftsrats und eines Unterbaues unter Berücksichtigung der Verhandlungen und Beschlüsse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Zu den Fragen des Arbeiterschutzes fordert das Zentrum die Reichsregierung auf,

1) den Fragen des Arbeiterschutzes erhöht Aufmerksamkeit zu schenken und insbesondere dafür zu sorgen, daß die zur Durchführung des Arbeiterschutzes berufenen Organe durch einheitliches Zusammenarbeiten sich gegenseitig ergänzen (Gewerbeaufsicht, Aufsichtsorgane der Berufsgenossenschaften und Betriebsräte);

2) eine reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes in die Wege zu leiten, die auf der Grundlage des Zusammenwirkens der amtlichen und berufsgenossenschaftlichen Organe aufzubauen ist.

Auch die Fragen der Arbeitslosenversicherung werden einer besonderen Aufmerksamkeit unterworfen. Ein Antrag fordert:

1) die baldige Schaffung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung durchzuführen unter Gewährung weitgehender Selbstverwaltung der beteiligten Kreise. Dabei muß die mit dem Gedanken der Versicherung und der Beitragsleistung unvereinbare und einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand erfordernde Prüfung der Bedürftigkeit beseitigt u. den Arbeitslosen ein Rechtsanspruch auf die Leistungen der Versicherung nach Maßgabe gesetzlich bestimmter Voraussetzungen gewährt werden;

2) die Höchstgrenze für die Beitragspflicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Erwerbslosenfürsorge ist von 3 v. H. des Lohnes auf 2 v. H. herabzusetzen. Dafür ist im Reichshaushalt für 1925 als Reichszuschuß zu den Kosten der Erwerbslosenfürsorge bezw. als Grundstock für die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung eine erhöhte Summe bereitzuhalten;

3) eine sofortige Erhöhung der Sätze der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen und vor allem die für Familien mit mehr als vier Kindern unerträgliche Begrenzung der Höchstgrenze abzuändern;

4) die Spanne der Unterstützungssätze zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen zu beseitigen;

5) dafür Sorge zu tragen, daß die Unterstützungsdauer für die Erwerbslosen, insbesondere im besetzten Gebiete, der Lage des Arbeitsmarktes entsprechend verlängert wird, und dazu nötigenfalls von den Befugnissen nach § 18 Abs. 2 der Verordnung vom 16. Februar 1924 Gebrauch zu machen;

6) zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen für einzelne Industriegruppen Kurzarbeiterunterstützung zu gewähren ist.

Zu den Fragen der Krankenversicherung nimmt ein weiterer Antrag wie folgt Stellung:

I. In der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung

1) die Abstufung des Krankengeldes nach dem Familienstande und der Dauer der Krankheit zu gewährleisten,

2) den Angehörigen der Versicherten freie ärztliche Behandlung als Regelleistung sicherzustellen, sobald das Rechtsverhältnis zwischen Aerzten und Krankenkassen in einer Weise geregelt ist, die den Zwecken der Krankenversicherung und den Bedürfnissen der Beteiligten entspricht;

3) die Aufwendungen für die Wochenhilfe als Gemeinlast aller Krankenkassen einzuführen;

4) die gesetzlichen Hemmungen für die Errichtung von Ersatzkrankenkassen einzuschränken.

II. Im Reichsknappschaftsgesetz zu bestimmen, daß die Angehörigen der Bergleute alsbald freie ärztliche Behandlung als Regelleistung erhalten.

Ein anderer Antrag ersucht die Reichsregierung,

1) Die Unfallrenten sind nach dem eigenen Verdienst und dem Familienstande des Versicherten zu bemessen und allgemein auf Goldmarkbasis in die Wege zu leiten.

2) Die Krankenkassenbehandlung und die Heilfürsorge zur Entlastung der Krankenkassen zeitlich zu erweitern und den Trägern der Unfallversicherung die Verpflichtung aufzuerlegen, in bestimmten Fällen eine Frühbehandlung der Unfallverletzten durchzuführen.

3) Die gewerblichen Berufskrankheiten nach Maßgabe des Bedürfnisses in die Unfallversicherung einzubeziehen.

4) Alle gewerblichen Betriebe der Unfallversicherung zu unterwerfen und zu prüfen, ob und inwieweit nicht auch Hausangestellte in die Unfallversicherung einzubeziehen sind.

5) Den versicherten Kreisen durch gesetzliche Festlegung ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Unfallrente einzuräumen.

6) Verletzten, die mindestens die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren haben, eine angemessene Berufsfürsorge zu gewähren.

7) Die Drittelungsgrenze bei der Rentenberechnung ist zu beseitigen und das tatsächliche Einkommen bis zur Höhe von 5000 Mark zu Grunde zu legen.

8) Den vollständig erwerbsunfähigen Unfallrentnern sind drei Viertel des der Rentenberechnung zu Grunde liegenden Jahresarbeitsverdienstes zu gewähren. Den Hinterbliebenen ist die Gesamtrente bis zum gleichen Prozentsatz zu erhöhen.

9) Die Zurücklegung des Weges zu und von der Arbeitsstätte, sowie die Instandsetzung von Werkzeugen außerhalb der ordentlichen Arbeitszeit sind der versicherten Betriebstätigkeit gleichzustellen.

Zu den Fragen der Invalidenversicherung nimmt folgender Antrag Stellung, die Reichsregierung zu ersuchen,

1) die Leistungen der Invalidenversicherung auf versicherungstechnischer Grundlage wieder aufzubauen und dabei darauf Bedacht zu nehmen, daß entsprechend den geleisteten Beiträgen auch die Rentenfestsetzung erfolgt;

2) sobald die Gesamtergebnisse es zulassen, sind die Invalidenrenten auch für die Zeit vor dem 1. Januar 1925 nach der Höhe der geleisteten Beiträge einzeln oder wenigstens gruppenweise abzustufen;

3) bis zur Durchführung dieser Regelung seitens der Versicherungsanstalten den Reichszuschuß so zu erhöhen, daß für diese Zwecke im laufenden Etatsjahr 250 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden;

4) die gesetzgeberische Möglichkeit zu prüfen, durch die Einrichtung einer freiwilligen Versicherung im Rahmen der RVO. eine ausreichende Versorgung für das Alter und die Invalidität zu schaffen;

5) die Versicherungsanstalten zu veranlassen, die Heilfürsorge im Interesse der Hebung der Volksgesundheit wieder voll aufzunehmen und für die erfolgreiche Durchführung der Heilverfahren in engere Verbindung untereinander und mit den Krankenkassen zu treten.

Die Fürsorge für die

Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen

findet Ausdruck in einem Antrag, der die Reichsregierung bittet:

1) eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vorzulegen, das die Versorgungsansprüche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen dahin regelt, daß die Renten den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt, die Rechtsverhältnisse der mit Beamtenschein ausgestatteten Kriegsopfer für die öffentlichen Verwaltungen klargestellt werden;

2) die Verschlechterungen der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gegenüber dem früheren Zustand wieder zu beseitigen;

3) die Vorschriften, durch die die Gewährung der Kapitalabfindung wegen der finanziellen Notlage des Reichs vorübergehend sehr stark eingeschränkt war, möglichst bald aufzuheben;

4) eine Novelle zum Schwerbeschädigtengesetz vorzulegen, wonach der Schutz des Gesetzes sinngemäß auf die öffentlichen Arbeitgeber ausgedehnt wird.

Wirtschaftliche Fragen.

Sehr bedeutsam sind die Fragen des Preisabbaus und der Produktionssteigerung. Hier ersucht ein weiterer Zentrumsantrag die Reichsregierung, die mit dem Ziele des Preisabbaues und der Produktionsförderung eingeleiteten Maßnahmen fortzusetzen, insbesondere dahin zu wirken, daß

1) die für die Bedürfnisse der Wirtschaft erforderlichen Kredite durch Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren zu erträglichen Bedingungen bereitgestellt werden und die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden flüssigen Mittel der Wirtschaft, aus der sie zum größten Teil geflossen sind, zu mäßigen Bedingungen zugeleitet werden;

2) die noch übermäßig hohen Frachten abgebaut und durch Einführung von Sondertarifen der Güter-Austausch zwischen den verschiedenen Produktionsgebieten unter Berücksichtigung deren verschiedener Wirtschafts- und Lohnverhältnisse erleichtert wird, daß ferner durch entsprechende Regelung der Vorfrachten ein kräftiger Antrieb zur Förderung der Ausfuhr gegeben wird;

3) die auf weiten Gebieten bestehende übermäßige steuerliche Belastung unter Berücksichtigung der Grundsätze einer gerechten Verteilung abgebaut wird, dabei sollen:

a) baldmöglichst die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer durch Wiedereinführung der Veranlagung ersetzt werden;

b) einheitliche Bewertungsgrundsätze in Reich, Ländern und Kommunen für alle Steuern, die auf dem Vermögen beruhen, geschaffen werden und

c) die heute noch vielfach willkürlichen Steuerzuschläge der Gemeinden nach bestimmten Grundsätzen gesetzlich gebunden werden;

4) der Schutz der kinderreichen Familien in der gesamten Steuergesetzgebung weiter ausgebaut wird.

Zu dem gleichen Gegenstand fordert ein anderer Antrag:

1) Im Interesse der Förderung der Produktion und um zu verhindern, daß ein Teil der Bevölkerung in unerträglicher Weise in der Kaufkraft und Lebenshaltung hinter anderen Schichten zurückbleibt, die Fragen der Lohn-, Gehalts- und Preispolitik künftig von einheitlichem Gesichtspunkt aus zu behandeln und von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, um eine den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und sozialen Bedürfnissen Rechnung tragende Verbesserung des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten herbeizuführen.

2) Die amtlichen Indexziffern beschleunigt in bessere Uebereinstimmung mit den tatsächlichen Lebenshaltungskosten zu bringen.

Junglehrer betr.

Ein besonderer Antrag, eingebracht von Herrn von Guerard, ersucht die Reichsregierung,

in Verbindung mit den Länderregierungen erneut zu prüfen, wie der Not der 24 000 stellenlosen Junglehrer und Junglehrerinnen als einem gesamtdeutschen Notstand zu steuern ist, und alsbald entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Sämtliche Anträge haben die volle Unterstützung der Fraktion gefunden und sind auch als Fraktionsanträge eingebracht.

Eine Reihe von landwirtschaftlichen Anträgen sind noch in Vorbereitung und werden alsbald dem Reichstag in Vorlage gebracht.

Deutschland.

Zur Regierungsbildung

stellt Arbeitsminister Dr. Brauns gegenüber der Darstellung in einer durch die Zentrumspresse gegangenen Verlautbarung aus der Zentrumsfraktion, als habe ihm die Fraktion nur „gestattet" als Verbindungsmann in der Regierung zu bleiben, folgendes fest:

Ich habe es vor versammelter Fraktion ausdrücklich abgelehnt, auf ein bloßes „Gestatten" hin in das neue Kabinett einzutreten. Die Fraktion hat daraufhin in meiner Abwesenheit durch förmlichen Beschluß einstimmig oder fast einstimmig den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, ich möge als ihr Verbindungsmann in das Kabinett eintreten. Dieser Wunsch ist in einer späteren Sitzung, am 14. Januar 1925, als sich für mich neue Bedenken gegen den Eintritt ins Kabinett ergaben, nochmals ausdrücklich und in aller Form bestätigt worden. Ich würde es nach wie vor ablehnen, mit bloßer Duldung der Fraktion dem neuen Kabinett anzugehören.

Berlin, 17. Januar 1925. gez. Dr. Brauns.

Neue Ausweisungsverordnung für das belgisch besetzte Gebiet.

Duisburg, 20. Jan. Ueber Ausweisungen aus dem belgisch besetzten Gebiet ist eine neue Verordnung erlassen, nach der der von der Ausweisung Betroffene nach der Zustellung des Befehls durch eine beim Befehlshaber des Ruhrdepartements einzureichende Eingabe Einwendungen geltend machen kann. Die Ausweisung tritt erst in Kraft, wenn die achttägige Einspruchsfrist verstrichen oder die Einwendungen abgelehnt worden sind. In dringenden Fällen kann jedoch die sofortige Vollstreckung der Ausweisung angeordnet werden.

Oesterreich.

Starkes Anwachsen der Arbeitlosenziffer.

Wien, 20. Jan. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in der letzten Berichtswoche abermals stark erhöht und ist auf 94 000 gestiegen.

Aus Welt und Leben.

Die Frau mit den 1000 Kleidern. — Moderne Puppenkinder. — Kinder unmodern! — Der Mann mit dem Notizbuch.

In London ist vor kurzem eine Frau gestorben, die einen merkwürdigen und heutzutage durchaus wieder nicht merkwürdigen Spleen hatte: sie wollte nämlich durchaus die bestgekleidete Frau Großbritanniens sein. Ihr ganzes beträchtliches Vermögen hat sie für diesen Zweck geopfert. Sie war die Freude sämtlicher Modesalons. Denn sie kaufte Kleider nicht stück-, sondern immer gleich dutzendweise. Ein einziges Modehaus hat ihr innerhalb dreier Jahre nicht weniger als 700 Kostüme geliefert. Ihre Schränke waren „laufend" mit 1000 Kleidern angefüllt, von denen sie natürlich nur einen Teil überhaupt tragen konnte. Alle Jahre einmal wurde große Musterung gehalten, und was dann nicht gefiel oder als unmodern angesprochen werden mußte, das wurde ausrangiert und auf einer Aktion zu Schleuderpreisen versteigert. Innerhalb eines Jahres hat sie 600 000 Mark für Putz ausgegeben. Was wohl der Mann dazu gesagt haben muß, werden die Leserinnen fragen. Nun der erste Mann dieser Frau Smith-Wilkinson starb frühzeitig und gab ihr durch das große Vermögen, das er ihr hinterließ, die Möglichkeit, ihrem Spleen zu fröhnen. Der zweite starb auch sehr bald, und der dritte — entlief, weil er es nicht bei ihr aushielt, und kehrte auch auf die lockendsten Versprechungen nicht zu ihr zurück. Wie sagt doch der alte Meister Sebastian Brandt? „Es gibt Narren jeder Art und jedes Geschlechts. Aber unter den Weibernarren sind die Kleidernarren am häufigsten." Diese Frau mit den tausend Kleidern ist ein prachtvolles Dokument unseres Jahrhunderts.

Und gleich kommen wir auf eine andere moderne „Spezialität", wo wiederum die holde Weiblichkeit eine Rolle spielt. „Wissen Sie schon das Neueste, meine Damen? Das Neueste ist eine Puppe!" so werden die Damen heutzutage in den Modegeschäften belehrt. Phantastische Puppen in allerfeinster Ausführung, die Hunderte von Mark kosten. Diese Puppen werden mit den allerfeinsten Toiletten bekleidet, möglichst unter enger Anlehnung an die Toilette ihrer Herrin, die sie unter dem Arm trägt. Man lächelt heute über eine Dame, die noch nach alter Manier ein Schoßhündchen unter dem Arm oder auf dem Schoß trägt. Nein, heutzutage trägt man Puppen! Auf der Straße erscheint so ein Püppchen im Straßenkostüm. Wenn es kalt ist, wird es mit den feinsten Miniaturpelzen bekleidet. Im Ballsaal erscheint es im Ballkleid. Und zu Hause sitzt es im Hauskleid neben ihrer nichtstuerischen Herrin auf dem Sofa. Ja, in London ist kürzlich im Savoy-Hotel eine junge Dame erschienen, die keinerlei Schmuck trug, die dafür aber ihr Püppchen mit Diamanten und Saphiren geradezu überladen hatte. Mein Himmel, wo ist die Zeit, wo die „Damen" mit ihren Kindern an der Hand spazieren gingen! Kinder sind heutzutage unmodern! Kinder sind beschwerlich, Kinder wollen erzogen werden! Aber da es doch so ganz nett ist, ein Baby zu haben, wird man eben zur Puppenmama! Wahrlich, wir haben's herrlich weit gebracht! „Kaufen Sie Ihrer Frau das hübscheste und modernste Weihnachtsgeschenk, das es gibt! Kaufen Sie ihr eine „Puppe", so las man in einem Berliner Blatt.

Da darf man sich denn nicht wundern, wenn es trübe um die Ehe, um die Volkswohlfahrt und um die Geburtenziffer steht. Berlin ist nach der neuesten Statistik die Stadt, die die niedrigste Geburtenziffer hat. Und wenn wir den Berliner Westen, das vornehme Viertel, besonders nehmen, so ist sogar ein Tiefstand erreicht, wie er einzig in der Weltgeschichte dasteht. Selbst Frankreich, das wegen seiner niedrigen Geburtenziffer berüchtigt war, hat eine so niedrige Ziffer, wie sie sich für den Berliner Westen ergibt, nie gekannt. Wenn es so weiter geht, wird für uns bald dasselbe gelten, was man immer von Frankreich behauptet hat: daß wir ein aussterbendes Volk sind. Und die Eheaussichten für den weiblichen Teil der Bevölkerung werden immer geringer. Denn wer hat Lust, eine junge Dame zu heiraten, die keinen größeren Ehrgeiz kennt, als die bestgekleidete Frau ihrer Bekanntschaft zu sein? Welcher ernste Mann kann sein Lebensglück einem Mädchen anvertrauen, die der Puppenspielerei fröhnt? Man täusche sich nicht: die jungen Mädchen von heutzutage haben an der weitverbreiteten Ehescheu der Männerwelt keinen geringeren Anteil.

„Ja, die Männerwelt! Da fällt mir auch so eine hübsche Spielerei ein, die bezeichnend ist. Es ist bekanntlich neuerdings modern, an einem silbernen oder goldenen Kettchen, das durch das Knopfloch in dem linken Kragenaufschlag gezogen wird, ein Notizbüchlein und einen Bleistift zu tragen, die beide in den linken Brusttasche geborgen werden. Ach ja, der moderne Mann! Was der nicht alles zu behalten hat! Wieviel entsetzliche Kleinigkeiten, die alle so wichtig, so wichtig sind! Das Notizbuch am Knopfloch hängend, das ist für den modernen Mann nicht viel weniger kennzeichnend als die Puppe für die moderne Frau. Beides beweist nämlich, daß man das Leben spielerisch auffaßt; daß man Dinge wichtig nimmt die gar nicht wichtig sind; daß man vor lauter Kleinigkeiten das Bewußtsein für die große Lebensaufgabe verliert; daß man die große Linie nicht hat; daß man nicht weiß, wozu man da ist in der Welt! Ich würde jedem jungen Mädchen raten, einen Mann mit einem Notizbuch in der linken Brusttasche nicht zu heiraten!

-au.

Landestheater. Mittwoch, den 21. Januar, wird sich der neue Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner in eine mSonderkonzert des Landestheaterorchesters dem hiesigen Konzertpublikum erstmalig als Konzertdirigent vorstellen. Die Vortragsfolge umfaßt je ein klassisches und modernes Werk. Von Joseph Haydn kommt eine Sinfonie in Es-dur (Nr. 3 nach Breitkopf und Härtels Partiturausgabe) zur Aufführung; sie zählt zu den weniger bekannten Schöpfungen des Londoner Sinfoniekreises, wiewohl auch sie alle Merkmale von Haydns kompositorischer Altersweisheit vereinigt. Daß dies selten zu hörende Werk nun zu neuem Leben aufblühen soll, wird man deshalb mit besonderer Freude begrüßen. An zweiter Stelle des Programms erscheint Max Regers orchestrales Hauptwerk, die Variationen und Fuge über ein Thema von Hiller (op. 12). Das durch die Persönlichkeit des Nürnberger Gastdirigenten geweckte Interesse sichert zweifellos dem wie gewöhnlich abends 7½ Uhr beginnenden Konzert erhöhte Beeutung.

Im Konzerthaus geht am Sonntag, 25. Jan., das Gastspiel „Das Glas Wasser" von Eugene Scribe (1791—1861) in einer neuen Bearbeitung von Otto Stockhausen-Darmstadt neueinstudiert zum erstenmal in Szene.

Als nächste Erstaufführung befinden sich der „Liebestrank" von Frank Wedekind und Ernst Barlachs Drama „Der arme Vetter" in Vorbereitung. Für die Faschingszeit ist eine Neueinstudierung von Nestroys unverwüstlichem „Lumpazivagabundus" geplant.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Da es sich bei den Wiener Ziffern um ungefähr die Gesamtzahl ganz Oesterreichs handelt, schätzt man bei den amtlichen Stellen die Arbeitslosigkeit auf dem Gebiet der Republik auf ungefähr 165 000. Das entspricht etwa jener Zahl, die während der stärksten Arbeitslosigkeit zu Beginn der Sanierungsaktion Ende Februar 1923 verzeichnet wurde.

Frankreich.

Krassin bei Herriot und Doumergue.

Paris, 20. Jan. Der „Matin" mißt der Begegnung Krassins mit Herriot und dem Präsidenten der Republik außerordentliche Bedeutung bei. Bei der Unterredung stand Herriot unter dem ungünstigen Eindruck eines soeben aus Moskau eingetroffenen Telegramms, in dem der französische Botschafter über den Verlauf seiner Unterredung mit Litwinow berichtete. In der Frage der Vorkriegsschulden erklärte der Volkskommissar, daß es Rakowski als Regierungschef unbenommen bleibe, die Notwendigkeit der Rückerstattung der Schulden prinzipiell zu verneinen. Herriot hat dem Sowjetgesandten zu verstehen gegeben, daß die franko-russischen Verhandlungen bei einer solchen Taktik einen schwierigen Verlauf nehmen werden. Darauf habe auch Doumergue hingewiesen. Die Regelung der verschiedenen Streitfragen ist so fixiert der „Matin" hinzu bei der ebenso ungeschickten wie unermüdlichen Propaganda der Sowjets schon jetzt äußerst problematisch und trotz der Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zweck- und gegenstandslos. Krassin reist, wie nunmehr feststeht, morgen bestimmt nach Moskau, um über die Stimmung in Frankreich eingehend zu berichten. Die Blätter meinen, daß es Krassin in Gemeinschaft mit Rakowski gelingen wird, die Sowjetregierung zu einem größeren Nachgeben zu veranlassen.

England.

Auch England gegen den französischen Minimaltarif.

London, 20. Jan. Das neue französische Zollgesetz, das sehr erhebliche Erhöhungen des gegenwärtigen französischen Mindesttarifes bei gewissen Gütern vorsieht, hat in britischen industriellen Kreisen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Man hatte ursprünglich angenommen, daß sich das Gesetz gegen gewisse deutsche Industrien richte, und als politisches Druckmittel für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen geschaffen sei. Nunmehr ist man jedoch in britischen Handelskreisen der Meinung, daß, wenn das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form in Kraft tritt, es in hohem Grade auch gewisse britische Handelskreise treffen würde. Man erwägt deshalb die Möglichkeit eines neuen Handelsvertrags mit Frankreich. Der britische Exporthandel nach Frankreich, so erklärt man sei gegenwärtig weit weniger befriedigend als der französische Exporthandel nach England.

Amerika.

Hughes gegen Johnson.

Newyork, 20. Jan. Die Wühlarbeit Johnsons Anhänger gegen die Beteiligung Amerikas an den Pariser Abmachungen veranlaßte Hughes zu einer Erklärung, in der er feststellte, daß Amerika an der Pariser Konferenz zum Schutz seiner Interessen teilnehmen mußte. Die Beteiligung bedeute keine Verletzung der bestehenden Verträge und auch nicht die Anerkennung von Sanktionen oder ähnlichen Maßnahmen. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten bezieht sich ausschließlich auf den Dawesplan, die amerikanischen Rechte aus anderen Verträgen bleiben völlig unberührt. Amerika behält sich seine frühere volle Handlungsfreiheit vor und hat weder eine gesetzliche noch moralische Verpflichtung übernommen.

Aus dem sozialen Leben.

Der Bergarbeiterverband zum Achtstundentag.

Bochum, 20. Jan. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes hat auf ihrer Delegiertenkonferenz in Bochum folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Für die Tag-Arbeiter gilt grundsätzlich die achtstündigen, für die Untertage-Arbeiter die siebenstündige Schichtzeit. Wirtschaftlich notwendige, im Interesse der Allgemeinheit liegende Arbeit ist von den Organisationen zu vereinbaren. Darüber hinaus ist jede Ueberarbeit abzulehnen. In den durchgehenden Betrieben, Kokereien, Kohlendestillationen, Brikettfabriken, Kessel- und Maschinenbetrieben ist die achtstündige Arbeitszeit ab 1. März wieder einzuführen.

Entschließung der Belegschaftsversammlung der Duisburg-Ruhrorter Häfen.

Duisburg, 20 Jan. Eine Belegschaftsversammlung der Duisburg-Ruhrorter Häfen stellte in einer Entschließung zur Umwandlung der Hafenverwaltung in eine Aktiengesellschaft folgende Forderungen auf: 1. Erhaltung des Berufsbeamtentums, 2. Beseitigung der Bestimmung, daß die neue Gesellschaft nur das ihr geeignet erscheinende Personal zu übernehmen braucht, 3. Einbeziehung der Beamten, Angestellten und Arbeiter in die örtlichen Fachvertretungen, 4. Förderung der sozialen Einrichtungen.

Chronik.

Baden.

her. **Langenbrücken**, 20. Januar.

(Unterhaltungsabend.) Einen schönen, genußreichen Abend bot der Turnverein Langenbrücken seinen Mitgliedern unter Mitwirkung der Feuerwehrkapelle von hier. Das reichhaltige Programm, das in mustergültiger Weise sich abspielte, fand ungeteilte Zustimmung. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden folgten turnerische Uebungen. Gut gespielte Theateraufführungen und Musikvorträge wechselten miteinander ab. Der Verein hatte auch einen reichhaltigen Gabentisch aufgestellt, an dem die Vereinsmitglieder durch Lose ihr Glück versuchten. Nach Beendigung des Programms konnten sich alt und jung am Tanzen erfreuen. Die Vereinsleitung, die sich ganz in den Dienst der Sache stellte, verdient besonderen Dank.

Ispringen, 20. Januar.

(Eine interessante Arbeit) wurde gestern anläßlich des Eisenbahnbrückenumbaues westlich von Ispringen ausgeführt. Es handelte sich darum, ohne Betriebsstörung die dortige z. Zt. im Umbau begriffene Unterführung, d. h. zunächst das südliche Gleis, auf die neue Brücke zu verlegen. Diese schwierige Arbeit wurde in 8 Stunden ausgeführt. Nach genügender Vorbereitung wurde das 14 Meter lange schwere Hilfstragwerk mit zwei Flaschenzügen und 6 Hebezeugen in einer halben Stunde ausgehoben und verschoben sowie abgelassen. Das neue Tragwerk aus schweren Doppel-T-Trägern wurde eingebaut und dann sofort ohne jegliche Störung des Betriebes in Benutzung genommen. Das nördliche zweite Gleis wird in gleicher Weise am kommenden Sonntag umgelegt werden. Die schwierigen Arbeiten vollzogen sich glatt ohne Unfall oder Störung.

Bretten, 20. Januar.

(Die letzte Postkutsche) auf der Strecke Bretten—Knittlingen, auf der von heute ab ein Kraftwagenverkehr eingerichtet worden ist, durchfuhr am Samstag abend festlich beleuchtet und mit Girlanden geschmückt unsere Stadt. Mit dem verhallenden Hörnerklang entschwand ein Stück altehrwürdiger Landstraßenpoesie, um der Neuzeit Platz zu machen. Der alte Postkutscher Dittes, eine recht biedere Postillonsgestalt, wird auf seine alten Tage wohl nicht mehr zum Autler umlernen wollen.

Baden-Baden, 20. Januar.

(Gasvergiftung.) Ein Leichenträger erlitt im Krematorium durch Einatmen von Kohlengasen eine Gasvergiftung und mußte durch die Sanitätskolonne in das Krankenhaus verbracht werden. Lebensgefahr besteht nicht. — Ein Kraftwagenführer fuhr im überschnellem Tempo mit einem Kraftwagen durch die Lichtentalerstraße. Beim Ausweichen eines aus einer Seitenstraße herausfahrenden Autos geriet der Wagen durch zu rasches Herumreißen auf den Bürgersteig. Dabei wurde eine ledige Köchin derart angefahren, daß sie mit erheblichen Verletzungen nach dem Krankenhaus verbracht werden mußte.

Ottenau (bei Rastatt), 20. Januar.

(Brand.) In der verflossenen Nacht brach in dem kleinen Wohnhaus des Besitzers Suns neben der Post Feuer aus, das rasch um sich griff. Das Wohnhaus brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der Brandgeschädigte ist nur teilweise versichert.

Villingen, 20. Januar.

(Die Villinger Narrenzunft) hat auch für dieses Jahr einen größeren historischen Umzug vorgesehen. Es ist beabsichtigt, die Narro-Zünfte des badischen Oberlandes und des angrenzenden württembergischen Gebietes zur Beteiligung einzuladen, so daß voraussichtlich eine große historische Sehenswürdigkeit geboten werden kann.

Vom Schwarzwald, 20. Januar.

(Frühlingsboten.) Als ein beredtes Zeichen für die unnormale Witterung des laufenden Winters mit seiner geringen Kälte kann die Tatsache angesehen werden, daß im Gebirge in Meereshöhen von 700 Metern selbst an Stellen, die sonst als kalt bekannt sind, bereits jetzt um die Mitte Januar Haselnußsträucher auftreten, die mit männlichen Blüten und Kätzchen ausgestattet sind, die in voller Ausbildung wie sonst zu Frühjahrsbeginn vorzeitig das Licht der in diesem Winter mehr denn je verkehrten Welt erblickt haben.

Stühlingen, 20. Januar.

(Die 400-Jahrfeier) zur Erinnerung an die Bauernerhebung, die bekanntlich in Stühlingen ihren Anfang nahm und im letzten Jahre aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden mußte, soll nun in diesem Jahre abgehalten werden. Die Vorbereitungen für dieses Volksfest sollen demnächst beginnen.

Säckingen, 20. Januar.

(Vereitelter Diebstahl.) Ein verheirateter stellenloser Schlosser kletterte an einem Abend an der Blitzableitung des vierstöckigen Magazingebäudes der mechanischen Buntweberei Brennet in die Höhe, um anscheinend das Edelmetall des Blitzableiters zu stehlen. Er wurde bemerkt und flüchtete auf dem gleichen Wege, ohne seine Absicht ausführen zu können und unter Zurücklassung der im Fabrikhof ausgezogenen Schuhe und Joppe. Zwei Stunden später, als er seine Fußbekleidung abholen wollte, konnte er verhaftet werden.

Konstanz, 20. Januar.

(Eine unsinnige Wette.) Der 25jährige Landwirt Franz Xaver Reichelt von Konstanz hatte eine Wette eingegangen, einen Einbruch zu verüben, ohne dabei erwischt zu werden. In der Nacht vom 3. auf 4. Dezember v. J. wurde der Diebstahl in einer Wirtschaft in Petershausen ausgeführt, wobei etwa 50 Mk. und Zigaretten und Wurstwaren gestohlen wurden. Am Morgen nach der Tat saß der Held der Diebeswette hinter Schloß und Riegel. An dem Einbruch mitbeteiligt war auch der 21jährige Hilfsarbeiter Karl Wölfle von Konstanz. Dieser leugnete die Tat anfänglich hartnäckig, legte jedoch ein Geständnis ab. Wegen schweren Diebstahls wurden die beiden Gutedel mit je 8 Monaten Gefängnis bestraft, wovon bei Reichelt ein Monat, bei Wölfle wegen seines unverschämten Leugnens nur eine Woche Untersuchungshaft in Anrechnung kommen.

Aus anderen deutschen Staaten.

Haiger, 20. Januar.

(Das Haus des Mörders.) Augenblicklich wird das Haus des Mörders Nagerstein in Haiger wieder in Ordnung gebracht. Die Firma van der Zypen hat in den unteren Räumen wieder ihre Geschäftsräume eingerichtet. Bisher wurde zum Schutze des Inventars nachts Wache gehalten. In den letzten Tagen hat man mit dem Abtransport der Einrichtung nach Frankfurt begonnen, da an einen Verkauf der Möbel in Haiger oder Umgegend gar nicht zu denken ist.

Kassel, 20. Jan.

(Ein schweres Automobilunglück) ereignete sich am Sandershäuserberg bei Kassel. Bei nebligem, feuchten Wetter kam an einer ziemlich scharfen Kurve ein schwerer Personenwagen ins Gleiten und stürzte in voller Fahrtgeschwindigkeit die steile Böschung hinab. Der 27jährige Großkaufmann Hans Haede aus Kassel wurde sofort getötet. Der Chauffeur erlag alsbald seinen schweren Verletzungen. Der Wagen wurde gänzlich zertrümmert.

Hamburg, 20. Januar.

(Schiffszusammenstöße.) Beim Elbfeuerschiff 3 stieß der von Newyork kommende Hamburger Dampfer „Deutschland" mit dem nach Bombay ausgehenden Bremer Dampfer „Wildenfels" zusammen. Bei dem Zusammenstoß verlor der Dampfer „Deutschland" Anker und Kette, während „Wildenfels" mit Wasser im Vorschiff und einer Bugbeschädigung in den Hafen zurückkehren mußte. Gleichfalls beim Elbfeuerschiff 3 stießen der dänische Dampfer „Alf" und der englische Dampfer „Chevington" zusammen. Beide Schiffe erlitten Beschädigungen. In der Nordsee stieß der dänische Schoner „Albert Mau" mit dem englischen Dampfer „Hetton" zusammen. Der Schoner mußte mit seiner Mannschaft an Bord von dem Hamburger Schlepper „Hermes" nach Cuxhafen eingeschleppt werden.

Aus dem Ausland.

Aus der Schweiz.

Ein automobilfeindlicher Kanton ist Graubünden. Mit einer Mehrheit von rund 1600 Stimmen hat sich die Bevölkerung des Kantons am 18. Januar gegen die Wiederzulassung des Autos erklärt. Diese Mehrheit hat selbst die Pessimisten überrascht. Jedenfalls sieht man daraus, wie unbeliebt das rasch dahersausende, staubaufwirbelnde, nach Benzin stinkende Fahrzeug in der Bevölkerung ist. Jetzt hoffen die Automobilfreunde nur noch auf das eidgenössische Automobilgesetz, von dem man erwartet, daß es wie in der ganzen Schweiz, so auch in Graubünden bestimmte Straßen für den Kraftwagenverkehr frei gibt. Schließlich kann man sich diesem modernen Verkehrsmittel eben doch nicht ganz versagen.

Wien, 20. Januar.

(Raubmord.) Mitten in der Stadt am Karlsplatz wurde am Samstag vormittag die 23 Jahre alte Kontoristin Geisler von dem 26jähr. Kunstgewerbeschüler Karl Bergmeister, dem Sohn des Grazer Professors Dr. Karl Bergmeister, niedergestochen und einer Summe von 30 Millionen Kronen beraubt. Er hat, nachdem er verhaftet worden war, ein volles Geständnis abgelegt. Der junge Mann, ein Tunichtgut, hatte vor einigen Wochen auf der elektrischen Straßenbahn die Bekanntschaft der ermordeten Geißler gemacht und war bisher wiederholt mit ihr zusammengekommen. Von den geraubten 30 Millionen Kronen hatte er noch am Tage des Mordes die Hälfte verausgabt.

Paris, 20. Januar.

(Freiwilliger Hungertod.) In der Pariser Vorstadt Vanves starb ein Fräulein namens Louise-Marianne Poésie. Der Arzt verweigerte den Totenschein, da ihm die Ursachen des Todes verdächtig erschienen. Die Polizei unternahm daraufhin eine Untersuchung der diesem geheimnisvollen Tode vorhergegangenen Umstände und brachte folgendes Ergebnis an den Tag: Die genannte Poésie, die bis 1921 bei ihrer Schwester lebte, wurde plötzlich von einer partiellen Paralyse betroffen und setzte ihre Aufnahme in das Asyl von Nanterre durch. Dort lernte sie den Krankenpfleger Emile Duhautpas kennen, der eine lebhafte Neigung für die arme Kranke zeigte und schließlich ihr versprach, sie zu heiraten. Am 24. Dezember, wenige Tage vor der Hochzeit, verschwand der unternehmungslustige Bräutigam. Das Verschwinden Duhautpas raubte der Unglücklichen ihre teuersten Hoffnungen, ihre Träume an ein ruhiges Alter, gepflegt mit einem treuen Genossen, das sie für das schwere und sorgenvolle Leben entschädigen sollte. Nun verweigerte sie die Aufnahme jeglicher Nahrung; ihre Kräfte nahmen immer mehr ab und nach einem Monat eines solchen Folterlebens starb sie.

(Der Alkoholschmuggel an der amerikanischen Küste.) Das Newyorker Blatt „Evening World" berichtet über ein heftiges Feuergefecht zwischen bewaffneten Küstendampfern und einem Unterseeboot, das schließlich gekapert wurde. Das Unterseeboot hatte versucht, in der Nachtzeit 3000 Kisten Alkohol an die Küste heranzubringen.

Um das Erbe der Drewendts.

Kriminalroman aus der Gegenwart

von Erich Ebenstein.

48)

Das Automobil, in dem er zum Winzerhaus gefahren ist, und in welchem er nachher Andrea Drewendt entführte! Es war Fernau, als habe es ihm jemand zugerufen, als sähe er es vor sich.

Wie hatte er danach gesucht und geforscht! Und nun mußte er hier regelos zusehen, wie es verbrannte! Denn an ein Löschen dieses Brandes war gar nicht zu denken.

Die Flammen züngelten höher und höher. Im Innern das Gehäuses knatterte und prasselte es. Rauchwolken stiegen auf, ein rötlicher Schein durchbrach die graue Dämmerung. Das Pferd Gerasells, das mit dem Zügel an einen Baumast gebunden war, wurde unruhig und begann laut zu schnauben.

Da riß sich Valentin endlich los vom Anblick des brennenden Schuppens. Rasch trat er zu seinem Pferd, schwang sich hinauf, steckte die Reitgerte in den Stiefelschaft und sprengte quer über den Rasenstreifen hinüber zum Wald. Hier zweigte den Abhang hinauf ein Holzweg ab, der die Anhöhe überquerend einen Abstieg in das Meierhofgehöft ermöglichte. Niemand hart würde ahnen, daß er von der Sägemühle kam.

So nahe an dem Schlehdorngestrüpp zwengte er vorüber, daß die Hufe seines Pferdes Fernaus Gesicht mit Erdkrumen bewarfen.

Als er außer Sicht war, kroch der Detektiv aus seinem Versteck. Sein Anzug sah übel genug aus, die Hände waren von Dornen zerkratzt, das Haar zerzaust. Aber seine Augen funkelten vor freudiger Genugtuung.

Den Beweis, den dieser Schuppen hier gegen den Mörder geliefert hätte, war verloren. Aber er besaß ja eine Hand, die einen viel schlagenderen, untrüglichen Beweis liefern würde!

Er, der Mörder selbst, würde ohnmachtslos gegen sich zeugen müssen. Morgen! Knapp vor Torschluß! Dafür wird Fernau sorgen.

Und übermorgen, wenn die Geschworenen sich anschickten, gegen einen Unschuldigen zu Gericht zu sitzen, würden ihnen drei Fingerabdrücke eine seltsame Geschichte erzählen von menschlicher List und dem Walten der Vorsehung. . . .

22. Kapitel.

In Wiesental hatte es eine unruhige Nacht gegeben. Kurze Zeit nach Fernaus Heimkehr war ein Knecht mit der Nachricht in den Hof gestürzt, draußen bei der Sägemühle brenne es.

Dorfjungen, die am Hutschober spielten, mußten dort geraucht und so das Gehäude in Brand gesteckt haben. Zwei Bauern, die zufällig vorüber kamen, hatten schon alles lichterlah in Flammen gefunden und die Schreckensnachricht sogleich in den Meierhof getragen. Denn der Wind hatte sich verstärkt und trieb einen Funkenregen gegen die Holzplätze des Sägewerkes.

Herr von Gerasell, so sagten sie, der eben von einem anstrengenden Ritt nach dem Mitterwaldholzschlag heimgekehrt und bereits im Bett gelegen hätte, wäre auch schon mit der Feuerspritze und allen Leuten aus dem Meierhof gefahren, lasse aber auch dringend um die Wiesentaler Spritze bitten. Auch die Dorffeuerwehr sei angerufen. Natürlich war sofort alles auf den Beinen.

Man eilte mit der Spritze hinaus zum Sägewerk, teils um zu helfen, teils nur aus Neugierde.

Bald war das Schloß leer, bis auf den Pförtner, die Damen, Baron David und Fernau.

Niemand dachte an Schlaf. Von Baron Davids Arbeitszimmer aus sah man über einen Waldstreifen hinweg die Feuerröte am Nachthimmel.

Dort hatten sich die Damen eingefunden. Sie beobachteten aufgeregt die wachsende Helle.

Am aufgeregtesten war Frau Ludowika, die jammernd den Schaden berechnete, welcher entstehen könnte, wenn es nicht gelänge, das Sägewerk zu retten.

Baron David, der die Sache viel gelassener nahm, unterbrach sie endlich ungeduldig: „Es gibt viel schlimmere Verluste als diesen. Zudem ist die Sägemühle ja versichert. Valentin trug sich ohnehin schon immer mit der Idee, den veralteten Betrieb aufzulassen und eine moderne Dampfsäge zu bauen."

„Aber das Heu! Bedenke doch nur! Damit geht ja ein großer Teil der heurigen Ernte verloren! Valentin wird außer sich darüber sein!"

Fernau beobachtete sie scharf. Wußte sie wirklich nichts? Ahnte sie nicht, was da draußen verbrannte?

Es schien so. Denn in ihren kalten Zügen war nichts zu sehen, als habgieriger Aerger über einen unerwarteten Verlust an Geld und Gut.

„Na, schließlich trifft ja der Schaden nicht Valentin, sondern meine Tasche," bemerkte der Baron etwas anzüglich, wonach sich Frau Ludowika beleidigt abwandte und in Schweigen hüllte.

Um Mitternacht kam die Nachricht, daß das Sägewerk trotz aller Gegenanstrengungen brenne; zwei Stunden später, daß es verloren sei, aber ein Teil der Holzstapel gerettet werden konnte.

Gegen vier Uhr kamen die Wiesentaler Leute todmüde heim. Die Sägemühle war abgebrannt bis auf den Grund und es gab nichts mehr zu tun draußen als eine Brandwache bei den rauchenden Trümmern zurückzulassen, was geschehen war.

„Und mein Sohn? Wo ist er? Wird er nicht kommen, um uns Bericht zu erstatten?" fragte Frau Ludowika.

„Der Herr Verwalter ist so erschöpft, daß er kaum mehr auf den Beinen stehen kann," lautete die Antwort. „Er war überall als Erster daran beim Löschen. Jetzt ist er mit den Spritzenleuten nach dem Meierhof zurückgefahren, um sich erst mal ein wenig auszuschlafen."

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissen

John Ruskin.

Zum 25. Todestage des berühmten Kritikers am 20 Januar 1925.

Heute vor 25 Jahren schloß John Ruskin, den man als den eigentlichen Schöpfer der englischen Kritik ansehen darf, die Augen für immer. Sein Wirken entriß die Kunstbetrachtung in seinem Vaterlande den pedantischen Fesseln, in die sie verstrickt war, gab neue, große und befreiende Impulse und wurde auch für die Folgezeit bahnbrechend. Die Art, wie Ruskin etwa das „Sklavenschiff", ein Meisterwerk des hm zeitgenössischen Malers Turner, vor den Augen des Beschauers langsam entstehen ließ und mitunter gleichsam seine Feder mit dem Pinsel des Künstlers vertauschte, um mit dessen Seele das Gemälde zu erfassen und mit dessen Worten zu schildern, bedeutete für seine Zeit einen ungeheuren Fortschritt. —

Sein Jugend verlief ohne allzu gründlichen Schulunterricht, nur im Zeichnen wurde er frühzeitig und erfolgreich unterwiesen. Alles ihm Wissenswerte eignete er sich durch Lektüre an. Darauf folgten Reisen nach Frankreich und Italien, wobei sich Ruskins ästhetische Anschauungen zu bilden und zu festigen begannen. In die Heimat zurückgekehrt, brach er zunächst für den Stilkünstler Pope, einen fast vergessenen Dichter des 18. Jahrhunderts, eine Lanze. Er erklärt ihn für den vollkommensten Repräsentanten des englischen Wesens seit Chancer. Damit ist seine Stellung klar gegeben, seine Kriegserklärung an die damals herrschenden Praeraffaeliten ausgesprochen. Allmählich bildet sich dann bei Ruskin jene seltsame, aus einer Verquickung von Ethik mit Aesthetik entstandene Weltanschauung heraus, die in der „Fors clavigera" (keulenschwingende Schicksalsgöttin) ihren starken und fesselnden Ausdruck findet, aber naturgemäß berechtigten Anstoß erregte und die Reihen seiner Feinde verstärkte. Sein erbitterter Kampf gegen die Industrie, deren Fabriken die schöne englische Landschaft verhäßlichten die reine, von zwei Meeren herüberwehende Luft verpesteten und Lebens- und Kunstfreude ertöteten, war von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt und brachte ihn mitunter der Lächerlichkeit nahe, war und ist aber nicht imstande, das Bild des großen, bahnbrechenden Kunstkritikers zu verdunkeln, dem Unzählige, vorwiegend in seinem Vaterlande, ihr Interesse an ästhetischen Dingen und ihren Genuß bei der Betrachtung von Kunstwerken verdanken.

Dr. A. G. Pf.

Ruggiero Giovanelli.

Von Dr. Erich H. Müller.

Als Giovanni Pierluigi Palestrina am 2. Februar, dem Tage des Festes Mariä Lichtmeß, im Jahre 1594 die Augen zum ewigen Schlummer geschlossen hatte, wurde zu seinem Nachfolger als Kapellmeister an der Peterskirche zu Rom Ruggiero Giovanelli erwählt. Diese Auszeichnung beweist, welch außerordentlichen Ansehens sich der Künstler als Mensch und als Komponist erfreut haben muß, daß man ihn als würdig erachtete, als Nachfolger Palestrinas dieses hohe und angesehene Amt zu bekleiden.

In der alten, malerisch am Abhang der Albaner Berge, unweit der Pontinischen Sümpfe gelegenen Bischofsstadt Velletri war Giovanelli um 1560 geboren. Kein Aktenstück und keine Chronik meldet uns mehr, wer seine Eltern war, wie seine Jugend sich gestaltete. Wahrscheinlich kam er schon als Knabe in eine der zahlreichen Sängerschulen der ewigen Stadt und legte dort die Grundlagen für seine gediegene musikalische Ausbildung, deren erste Frucht eine im Jahre 1585 unter dem Titel „Gli Strod ceteli" erschienene Sammlung vierstimmiger Madrigale war. Stolz nennte er sich auf dem Titelblatt Kapellmeister an San Luigi. Leider erfahren wir auch jetzt noch nichts über sein Leben, ob es schlicht und ruhig dahinfloß, oder ob es von des Schicksals Wogen wild umbrandet wurde. Sicher ist, daß der damals kaum fünfundzwanzigjährige es verstand, sich so in Ansehen zu setzen, daß man ihn auch bald als Kapellmeister an die Kirche des deutschen Stiftes San Apollinare verpflichtete. Diese Stelle bekleidete er wohl bis zu seiner Berufung als Nachfolger Palestrinas, dessen Amt er am 15. März 1594 übernahm. Trotz seiner zahlreichen Dienstobliegenheiten fand Giovanelli Zeit, zahlreiche Sammlungen von Madrigalen, Motetten, Canzonetten, Villanellen zu schreiben, die uns in alten Drucken und Handschriften zahlreich überliefert sind. Sie legen beredtes Zeugnis ab für seine große Begabung, vereinigen sie doch Anmut und Reinheit des Vokalsatzes mit einem sicheren Gefühl für Wohlklang und zeigen uns alle Vorzüge der von Palestrina und Nanini (1545—1607) begründeten römischen Komponisten-Schule.

Nach fünfjähriger, anstrengender Tätigkeit an St. Peter gab Giovanelli aus uns unbekannten Gründen seine Stellung auf, um in die Reihen der „cantores Sanctissimi Domini Nostri Papae", d. h. als Tenorist in die Sixtinische Kapelle einzutreten, der er bis ein Jahr vor seinem Tode angehören sollte. Auch in seiner neuen Stellung zeigte er sich als Mann von strengem Pflichtgefühl, der es verstand, sich die Anerkennung und Achtung seiner Kollegen in hohem Maße zu erwerben. Kein Wunder daher, daß er in den Jahren 1610 bis 1614 alljährlich wieder zum „Camerlengo", dem Verwalter und Verteiler der Einkünfte erwählt wurde und daß es wie der Chronist der Sixtina berichtet, zu allgemeiner Freude gereichte, als er 1614 zum Kapellmeister erwählt wurde, ein Amt, das er auch infolge des vorzeitigen Ablebens seines Nachfolgers im nächsten Jahre wiederum übernehmen mußte. Während seiner Amtszeit als päpstlicher Kapellsänger knüpfte er auch freundschaftliche Beziehungen mit Kardinal Pietro Aldobrandini an, einem Neffen Clemens VIII. Wiederholt begleitete er den vornehmen und reichen Kirchenfürsten auf seinen Reisen. So finden wir ihn denn auch unter den vier Sängern, mit denen Aldobrandini am 26. September 1600 nach Florenz reiste, um mit der Genehmigung des heiligen Vaters bei der prunkvollen Vermählungsfeier Maria de Medicis mit König Heinrich IV. von Frankreich mitzuwirken. Auch die Widmung des 8. Buches von Giovanelli, damaligen Zeit üblich waren und den Komponisten oft reichen Gewinn brachten, die lebhaften Beziehungen zwischen dem Komponisten und dem Prälaten, die sich freilich in späterer Zeit lockerten.

Am 7. April 1624, an demselben Tage, an dem Giovanelli fünfundzwanzig Jahre früher in den sixtinischen Sängerchor aufgenommen worden war, teilte er nach der üblichen Ostersonntagsspeisung der Sängerschaft im Vatikan seinen Austritt aus dem aktiven Dienste mit. Nicht ohne Rührung lesen wir im Diarium dieses Jahres, daß er seine Freunde um Nachsicht für etwa begangene Fehler bat. Nur kurze Zeit erfreute er sich seines Ruhestandes. Am 5. Januar des folgendes Jahres erkrankte er schwer und am Dienstag, es war der 7. Januar 1625 erlöste ihn abends gegen halb 6 Uhr der Tod. Am nächsten Tage schon versammelten sich die päpstlichen Sänger, die ihn mit Stolz zu den ihren gezählt hatten, in seinem Sterbehause und geleiteten seine sterbliche Hülle in feierlicher Prozession zu ihrer letzten Ruhestätte in Santa Maria.

Mit Giovanelli war ein Meister dahingegangen, dessen Werke noch lange Jahre zum eisernen Bestand der Sixtinischen Kapelle gehören sollten. Sein Miserere, eine achtstimmige Messe über Palestrinas Madrigal „Festiva i celli" und vor allem eine zwölfstimmige Messe sind Werke von erhabener Schönheit und reicher Erfindung, die dem erlesenen Geschmack und dem großen Können ihres Schöpfers zu hoher Ehre gereichen. Auch die von Papst Paul V. angeordnete und in der Medicäischen Druckerei zu Rom veröffentlichte Prachtausgabe des Graduale Romanum verdankt ihre Korrektheit und damit einen großen Teil ihres Wertes dem nimmer rastenden Fleiße Ruggiero Giovanellis, in dem auch wir einen zu Unrecht vergessenen Großmeister katholischer Kirchenmusik verehren.

Tat und Gedanke.

Von Dr. Erich Klein.

Tat und Gedanke, das sind zwei Dinge, zwischen denen eine Kluft zu liegen scheint. Wir wissen, wie oft unsere Gedanken über jede Verwirklichungsmöglichkeit hinausschweifen, wie oft andererseits unsere Taten hinter unserem gedanklichen Vermögen zurückbleiben. Und doch, gerade der Umstand, daß wir einen Zwiespalt fühlen, oft schmerzlich fühlen, beweist, daß die beiden im Grunde zu einer Einheit bestimmt sind. Ein ununterbrochener Weg führt vom Gedanken bis zur Tat; der Gedanke ist der Ausgangspunkt, die Tat das Ziel. Und mit Naturnotwendigkeit drängt eins zum andern, genau so wie ein Samenkorn zum Wachstum und endlich zum vollendeten Organismus hindrängt.

Wenn wir auf das Seelenleben die biologischen Funktionen übertragen, so ist der Gedanke die Zelle des seelischen Lebens, die in dem Augenblick befruchtet wird, wo mehrere Vorstellungen eine Verbindung miteinander eingehen. Eine Verbindung von Vorstellungen, das ist eben ein Gedanke. Vorstellungen sind etwas Totes, der Gedanke, der durch ihre Verbindung erzeugt wird, ist etwas Lebendiges, und als Lebewesen hat er den Lebensdrang in sich. Sein erstes Ziel ist die Sicherung seiner Existenz. Zu diesem Zweck drängt er sich immer in das Bewußtsein hinein, bis er seine feste Stelle darin hat und festgewurzelt ist. Dann beginnt die Entfaltung und das Wachstum. Wie eine Pflanze Aeste, Zweige, Blätter treibt, die zur Nahrungsaufnahme dienen, so verzweigt sich der Gedanke in die innere Welt zu Hilfe der Fantasievorstellungen, die die Art und Weise, wie er verwirklicht werden kann, ausgestalten und die Folgen der Verwirklichung ausmalen — ohne daß damit zunächst die feste Absicht der Verwirklichung verbunden wäre. Die nächste Stufe ist dann die Absicht: Wenn die Umstände günstig sind, wenn sich eine Gelegenheit bietet, dann wird man zur Tat schreiten. Diese Absicht läßt noch dem Walten des Zufalls Raum, ein gewollter, der Verwirklichung dienender Schritt, wird noch kaum unternommen. Der Vorsatz dagegen, die folgende Stufe, schließt bereits die Bezugnahme auf einen ganz bestimmten Augenblick der Verwirklichung und die Vorbereitung derselben durch geeignete Maßregeln ein. Er ist die letzte Vorstufe vor der Tat.

Nicht immer sind natürlich alle diese Phasen der Entwicklung deutlich ausgeprägt. Bald bleibt die eine bald die andere fort; bei plötzlichen Taten fallen sie vielleicht alle in einen einzigen Augenblick zusammen. Aber es ist der natürliche Weg, den jeder Gedanke zu durchlaufen hat, bis er zur Tat heranwächst.

Es ist ein biologisches Gesetz, daß sich bei jedem Lebewesen die Lebensenergie in stärkerem Maße als das Wachstum steigert. Dieses Gesetz gilt auch für das Gebiet der Seele. Mit jedem Schritt, den der Gedanke der Verwirklichung entgegen macht, wächst seine Kraft, und unsere Entschlußfreiheit ihm gegenüber wird im selben Maße verringert, bis sie am Ende, wenn wir bei dem Vorsatz angelangt sind, fast gleich Null ist. Ein ganz außergewöhnliches Ereignis gehört meist dazu, um einen Vorsatz im letzten Augenblick noch umzustoßen. Herr seiner Taten zu werden, ist dem Menschen im allgemeinen versagt; die Taten entfallen ihm fast mit derselben Naturnotwendigkeit, wie die Früchte dem Baum. Will er sie in seine Gewalt bekommen, so muß er an früherer Stelle einsetzen, am besten in dem Augenblick, da die Zeugung des Gedankens erfolgt. Dies ist der gegebene Augenblick, um über Tod und Leben des jungen Gedankenwesens und damit auch über Tun oder Nichttun zu entscheiden. Geschieht das nicht, faßt es erst im Innern Wurzel, so wächst mit jedem weiteren Schritt auch seine Kraft bis der Mensch ihm endlich fast unterliegen muß.

Die Kriminalstatistik beweist, daß nur ganz wenige Verbrechen mit vollständiger Entschlußfreiheit bis zum letzten Augenblick begangen werden. Selbst wenn die Vorsätzlichkeit im gewöhnlichen Sinn des Wortes bejaht werden muß, läßt sich der Verbrecher, wenn man ihn sondiert, oft genug auf die Formel festlegen, er habe das Verbrechen zwar beabsichtigt, aber er habe es dann im letzten Augenblick doch nicht gewollt. Das ist das versteckte Eingeständnis dessen, daß er zu spät mit dem Widerstand gegen den seelischen Vorgang eingesetzt hat, der ihn zu dem Verbrechen geführt hat. Und das kann nun allerdings als Milderungsgrund nicht angesehen werden. Ein Milderungsgrund liegt vielmehr nur dann vor, wenn wie oben angedeutet, all die verschiedenen Entwicklungsphasen so zusammenfallen, daß der Mensch sich in demselben Augenblick, da der Gedanke auftaucht, auch schon vor die Notwendigkeit der Ausführung gestellt sieht. Da kann allerdings die Suggestivkraft des Gedankens plötzlich zu solcher Höhe anwachsen, daß dem Menschen kaum eine Wahl bleibt, und er förmlich unter der Hypnose des Gedankens handelt. Freilich in einem Punkte ist und bleibt er auch dann noch schuldig: seine ganze Gedankenwelt muß so sein, daß selbst in diesem äußersten Fall durch die allgemeine Tendenz seines Wesens einer Ueberrumpelung vorgebeugt ist.

„Gewohnheiten und Liebhabereien bekannter Komponisten."

Wie alle Künstler, so haben auch die Musiker ihre Gewohnheiten, Neigungen und Abneigungen. Auber z. B. konnte es nicht zwei Tage hintereinander in der schönsten Stadt der Welt aushalten, während Adam, der Komponist des „Postillon von Lonjumeau" von Bäumen und vor allem natürlich von Wäldern irritiert wurde. Donizetti war gegen fast sämtliche Reize der Natur unempfindlich und schlief beinahe auf allen seinen Reisen während der ganzen Fahrt. Paer gefiel sich in Widersprüchen: er schrieb „Camilla", „Sargines" und „Achilles" — heute verschwundene Opern — während er mit seinen Freunden scherzte, seine Kinder schalt und ohne Unterlaß mit seinen Dienstboten zankte. Cimarosa, den man bald in Karlsruhe wieder ausgraben wird, hatte es ungemein gern, wenn sich ein Dutzend Kunstliebhaber während seines Arbeitens über die heterogensten Dinge unterhielten. Salieri mußte sich, um sich anzuregen, ausgehen und die belebtesten Straßen durchlaufen, wobei er unterbrochen Bonbons aß. Haydn hingegen setzte sich in seinen weiten Lehnstuhl, heftete die Augen an die Decke und verlor sich in unbekannte Sphären. Gluck setzte sich gern mit zwei Flaschen Champagner ins Freie, möglichst ins grelle Sonnenlicht, brachte sich so in Stimmung, gestikulierte aber dann, wie wenn er als Darsteller auf der Probe stünde. Händel liebte es, in einsamen Kirchhöfen spazieren zu gehen und am liebsten verkroch er sich in stille Kirchenwinkel. Méhul dagegen, der ein großer Blumenfreund war, war wahrhaft glücklich und in bester Schaffensstimmung, konnte er sich in menschenleere Gärten verlieren. Mozart las wieder und wieder Homer, Dante und Petrarca. Fast nie setzte er sich ans Klavier, ohne vorher einige Kapitel aus seinen Lieblingsschriftstellern durchflogen zu haben. Verdi schließlich bereitete sich zu seinen Kompositionen durch die Lektüre von Dramen Shakespeares, Goethes, Schillers oder V. Hugos vor oder er las in den Fragmenten Ossians. Sacchini endlich, den wir heute kaum mehr nennen, verlor den Faden seiner Inspiration, wenn seine Katzen nicht über die Tische liefen, wogegen Spontini und Sarti nur in stark verdunkelten Zimmern komponieren konnten, der letztere auch nur in einem Zimmer ohne Möbel. -er.

Kritiker-Ecke.

„Die Zunft zum Falkenberg (1454—1868)

von Balthasar Wilms. Bilder aus dem Zunft- und Bürgerleben der Kaufleute von Freiburg, unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik der Zünfte. Mit Illustrationen von Eduard Stritt. 8° (XII u. 358 S.).

Seinem mit großem Erfolg aufgenommenen Buche „Die Kaufleute von Freiburg i. Br. (1120—1520)" hat der Verfasser neuerdings ein weiteres heimatsgeschichtliches Werk folgen lassen: „Die Zunft zum Falkenberg in Freiburg i. Br. (1454—1868)".

Bei reichem Quellenmaterial entrollt er uns in anschaulicher und leichtverständlicher Sprache ein Bild von dem Leben und Treiben dieser Zunft, die gleichzeitig ein nachahmenswertes Beispiel für unsere heutige so leichtlebige Zeit ist, war doch Zucht und Reinheit, Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit oberstes Gesetz der Falkenberger. An ihrer Spitze standen eine ganze Reihe bedeutender und charakterfester Männer, wie Ulrich Wirtner (1500—1532), Christof Mang († 1662), Franz Josef Sautier († 1789) und dessen gleichnamiger Sohn († 1805); als letzter Zunftmeister waltete von 1845—1859 seines Amtes Karl Dischler († 1875). —

In einer Urkunde vom Jahre 1454 hören wir zum ersten Mal von einer Kaufleutezunft „zum Falkenberg". Ihr Banner mit dem scharfäugigen roten Falken, der seine mächtigen Fetiche über grünen Dreiberg ausbreitet, wurde unter Trommelwirbel geschwungen und neben dem Zunftmeister der Kaufleute aufgestellt. Das Haus „zum Falkenberg" war an der Stelle des heutigen Kornhauses am Münsterplatz —

Die Stadt Freiburg, insbesondere aber ihr ganzer Handelsstand, kann mit berechtigten Stolze die Arbeit Wilms begrüßen, um so mehr, als wohl wenige Städte bis jetzt ein derartiges Werk aufweisen können, und möge dasselbe daher auch die wohlverdiente, weiteste Verbreitung finden. Auch die Ausstattung des Buches läßt nichts zu wünschen übrig; es gewährt eine lehrreiche Unterhaltung und ist eine wertvolle Bereicherung für jede Bibliothek.

Dr. Otto Bihler, Freiburg i. Br.

*

„Aus der Theaterwelt." Erlebnisse und Erfahrungen von Eugen Kilian. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe. 1924.

Eugen Kilian gibt hier aus seiner lebenslangen Theatererfahrung als Dramaturg und Regisseur ein recht anschauliches und, wie sich versteht, sehr sachkundiges Bild vom Theater, wie es ist und — wie es sein soll. Daß der Verfasser 14 Jahre am Karlsruher Hoftheater gewirkt hat und darüber in einigen Kapiteln anziehend berichtet, erhöht natürlich den Reiz des Buches für die Einheimischen. Vertraute und verehrte Gestalten wie Felix Mottl und Albert Bürklin werden lebendig im Beschreiben des näheren Umgangs mit ihnen und damit manch wehmütige Erinnerung an die Glanzzeit der Karlsruher Oper. Aber auch die Münchener Hoftheaterzeit Kilians, die 8 Jahre umfaßt (bis 1916), gewinnt durch die Darstellung der allgemein deutschen Theaterverhältnisse aus dem Münchener überragenden Blickpunkt eine allgemeine literar- und theaterhistorische Bedeutung. Und immer wieder wird der sachliche Bericht gewürzt durch persönliche Bekanntschaften mit den bedeutendsten Bühnenschriftstellern und Theaterfachleuten jener Zeit. Freilich klingt durch fast das ganze Büchlein hindurch die müde Resignation des Wissenden, desjenigen, der allen selbstlosen, ein Leben lang nur der Kunst geweihten Dienst mit Undank und Verkennung belohnt sieht. Und so erhärtet sich an seinem Berufe das bekannte Wort noch um die betrübliche Wahrheit, daß ihm auch die Mitwelt keine Kränze flocht. Und nur die idealistische Liebe zu seinem Berufe und die Genugtuung darüber, seine besten Kräfte für ihn eingesetzt zu haben — das fühlt man aus jeder Zeile des Buches —, vermag ihn über solchen Undank zu trösten. B.

Wilhelm Kunze: Der Tod des Dietrich Grabbe (Erzählung). Konstanz 1924. Verlag Oskar Wöhrle.

Wie Hebbel von seinen Zeitgenossen unterschätzt wurde, so hat man den wildgenialen Dietrich Grabbe überschätzt. Gundolf, der ihn einen „Renomisten der Einbildungskraft" nennt, bezeichnet damit das Richtige. Auch heute noch breiten Prussiasse über seine selbstverwüstete Hannibalsleiche den Teppich ihrer eitlen Mittelmäßigkeit. Wilhelm Kunze, der mit seinen Gedichten vorteilhafter bekannt ist, versucht z. B. in vorliegender Erzählung Grabbes tatenlustiges Selbstausleben der Leidenschaft und sein frühes Ende mit pathetischer Pose zu malen. Wem damit gedient sein soll, ist eigentlich nicht einzusehen; denn es ist doch, gelinde gesagt, ein Mangel an Anstandsgefühl (bei Kunzes offensichtlicher Verehrung für Grabbe umso unbegreiflicher), den Leser in die Krankenstube eines unglücklichen Dichters zu führen. Grabbes Gebresten liegen ohnedies dem Blick zu offen, als daß noch eine derartige, mit jugendlich wüstem Geschmack überspannte Kraftduberei von Nöten wäre. Kunzes dionysisches Schwärmen für Herrenmoral und seine oft recht unreifen „philosophischen" Anmerkungen, die man nicht einmal als Grabbeschem Denken entsprechend bezeichnen kann, geben eine ganz falsche Milieuzeichnung, an der auch manchmal formale Tüchtigkeit nichts zu ändern vermag. Will man in die dämonisch verwegenen Bezirke Grabbeschen Fühlens und Denkens eingeführt sein, so greife man zu dem Drama von Hanns Johst „Der Einsame", dessen Dichtername für eine reinlichere und gediegenere Behandlung dieses Stoffes bürgt.

H. H.

„Das Jahrbuch der badischen Lehrer." 1. Jahrgang. Georg Ebinger Verlag, Stuttgart.

Die Notwendigkeit dieses Jahrbuches leuchtet nicht ohne weiteres ein; es verfolgt keinen praktischen Zweck, etwa als Nachschlagewerk für berufliche und dienstliche Dinge, sondern wie es im Vorwort des Herausgebers heißt: „eine Fülle anregender, nachdenklicher und behaglicher Stunden zu schaffen". „Das Buch, heißt es weiter, soll ein Sammelbecken sein der künstlerischen und wissenschaftlichen Begabung innerhalb der Lehrerschaft." Das Erstere ist erreicht, das Letztere scheint mir fraglich. Denn dazu ist doch der Kreis der Mitarbeiter zu eng gezogen. Und schließlich besteht der weitaus größte und wertvollere Teil des Inhalts doch aus Beiträgen der akademisch gebildeten Lehrerschaft. Und wozu man seine größten Bedenken äußern muß, das ist die nur lockere Beziehung der meisten Aufsätze zur Schule. Muß aber dann unbedingt ein Buch gedruckt werden mit dem doch irreführenden Titel? Der Herausgeber läßt die Entstehungsursache des Buches durchblicken, indem er einleitend bekennt, daß der Verlag an ihn herantrat. Und somit ist doch klar ausgesprochen, daß es nicht einem Wunsche oder gar Bedürfnis der Lehrerschaft entsprang. Von dieser mehr „geschäftlichen" Seite abgesehen, kann man mit der Güte der vereinigten Beiträge zufrieden sein, wenngleich dem Schreiber dieser Zeilen eine ganze Anzahl dieser Aufsätze schon früher, in Zeitungen und Zeitschriften verzettelt, zu Gesicht gekommen sind. Mit die wertvollsten Beiträge stammen aus der Feder des Mannheimer Hauptlehrers Dr. Krieck („Mittelalterliche Dichtung", wenn hier auch einige Schiefheiten der Darstellung mitunterlaufen), des Universitätsprofessors Dr. Hoffmann-Heidelberg und Prof. Meisinger-Heidelberg. Die erzählenden Beiträge verschaffen wirklich „behagliche" Stunden (Ott, Ganther, Busse). Das Papier dürfte besser sein und die Druckfehler sind nicht ganz ausgemerzt.

-r.

Verantwortl. Schriftleiter: Dr. H. A. Berger.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 20. Januar.

Der Landtag trat heute wieder zusammen. Präsident Dr. Baumgartner eröffnete die erste Sitzung 1925 mit den besten Wünschen zum neuen Jahre persönlich für die Abgeordneten und für das ganze deutsche Vaterland und gedenkt dann teilnehmend des schweren Eisenbahnunglücks von Herne (Westfalen) (die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen) und spricht den Hinterbliebenen der Opfer und dem preußischen Volke das Beileid des badischen Volkes aus. Damit verband der Präsident Dr. Baumgartner in ernster Warnung den Ausdruck der schweren Sorge, die durch ganz Deutschland gehe, daß bei einer Weiterführung des Personalabbaues bei der Eisenbahn eine ernstliche Gefährdung der Betriebssicherheit sich entwickeln könnte.

Staatspräsident Dr. Hellpach ergreift hierauf das Wort zu folgender Verwahrung:

Eine

neue herbe Prüfung ist dem Volk am Rhein

und damit unserem ganzen Reiche auferlegt worden. Die sogenannte Kölner Zone, welche vertragsgemäß am 10. Januar d. J. auf die Räumung von den Besatzungstruppen zu rechnen hatte, soll nach einer notifizierten Mitteilung der alliierten Mächte vorläufig weiter besetzt und damit den schweren wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, dem harten politischen und dem vielleicht noch härteren seelischen Druck fremder militärischer Okkupation überantwortet bleiben.

Die badische Staatsregierung empfindet das Bedürfnis, vor diesem Hohen Hause zwei Empfindungen Ausdruck zu geben: Der herzlichen Anteilnahme an dem bedrückenden Schicksal, das unseren rheinischen Volksgenossen auferlegt bleibt, und der tiefen Sorge darüber, daß nun aufs neue eine Atmosphäre der Sanktionen die außenpolitischen Wechselbeziehungen der europäischen Nationen zu lähmen droht.

Darum legen wir gegen das, was an Köln geschehen ist, auch von dieser Stelle aus feierliche Verwahrung ein.

Der Präsident erklärt, daß der Landtag sich der Erklärung der Regierung aus vollem Herzen anschließe.

Alsdann wird in die

Tagesordnung

eingetreten. Der Präsident macht die Mitteilung, daß mehrere Abgeordnete erkrankt seien und wünscht ihnen baldige Genesung. Er teilt weiter die Antwort mit, die der Reichsarbeitsminister auf die vom bad. Landtag am 7. Novbr. 1924 zu dem Antrag des Abg. Hartmann u. Gen. (Zentr.) betr.

die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

unterm 3. Dezember 1924 erteilt hat. Darnach soll die Erwerbslosenunterstützung demnächst erhöht werden. (Ist inzwischen geschehen.) Eine Steigerung um mindestens 50 Prozent komme dabei allerdings nicht in Frage; die Erhöhung werde vielmehr, entsprechend den in der letzten Zeit bewilligten Lohnaufbesserungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter, ungefähr 10 bis 15 vom Hundert betragen können. Die Frage, ob die Kurzarbeiter von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge befreit werden können, sei noch nicht spruchreif, weil die Befreiung für die mit der Einziehung der Beitrage betrauten Krankenkassen unverhältnismäßig große technische Schwierigkeiten im Gefolge haben würde.

Abg. Marum (Soz.) erstattete darauf für den Haushaltsausschuß Bericht über den Gesetzentwurf über

die Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden.

Darnach wird der Finanzminister ermächtigt, die Mittel, die zur weiteren Durchführung der im Gesetz vom 10. März 1922 vorgesehenen Aufgaben erforderlich sind, bis zum Betrag von weiteren 2 800 000 Reichsmark, wenn nötig im Wege des Staatskredits, flüssig zu machen; er wird weiter ermächtigt, für etwa von den badischen Kaligewerkschaften aufzunehmende Anleihen bis zum Höchstbetrag von insgesamt 7 500 000 Reichsmark zusammen mit den anderen Gewerken die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Es handelt sich um die Kalischächte in Buggingen (bei Müllheim), die weiter ausgebaut werden und eine günstige Ausbeute versprechen. Der badische Staat ist an dem aufzubringenden Gesamtbetrag von 8,3 Millionen Reichsmark mit einem Drittel, also rund 2,8 Millionen Mark beteiligt. Der Haushaltausschuß hat den Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

In der Diskussion spricht zunächst Abg. Schön (Dem.): Es fehle nicht an Stimmen, die meinen, die Landwirtschaft habe aus der Vorlage wieder besondere Vorteile. Gewiß wird eine rasche Bedienung der badischen Landwirtschaft mit Kali erfolgen, woran acht Zehntel unserer Landwirtschaft Interesse haben. Ob aber das Kali in Baden billiger werden wird? Die Frachtparität steht dem wohl entgegen, wie Redner des Näheren darlegt. Die Landwirtschaft hat den dringenden Wunsch, daß, wenn die Produktion erfolgt, die Frachtbasis Buggingen gewählt wird.

Finanzminister Dr. Köhler: Die Bestimmungen über die Frachten trifft der Reichskalirat. Der Landabsatz (durch Fuhrwerk) ist für den unmittelbaren Verbrauch der Landwirtschaft zulässig.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Geßler (Komm.) meint Abg. Rüger (Zentr.), es wäre zu begrüßen gewesen, wenn der Berichterstatter sich ausführlicher, namentlich in volkswirtschaftlicher Hinsicht, geäußert hätte, wie es im Ausschuß geschehen ist.

Abg. Marum (Soz.): Er habe absichtlich, aus geschäftlichen Gründen, sich Beschränkung auferlegt, und halte darum auch die Rede des Abg. Schön nicht für opportun.

In der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in beiden Lesungen einstimmig angenommen. Das Gesetz wird als dringend erklärt.

Abg. Wittemann (Ztr.) berichtet für den Haushaltausschuß über den Gesetzentwurf betr. die Regelung des Staatshaushaltes für 1924 und 1925. Es soll dem Etatsgesetz vom 8. August 1924 als dritter Absatz beigefügt werden: „Für das Rechnungsjahr 1924 werden von den nach Absatz 1 festgestellten

Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb nur sieben Achtel erhoben.“

(Ueber den Gesetzentwurf wurde in diesem Blatte schon anläßlich der Beratung des Haushaltsausschusses in der Sonntagsnummer ausführlicher berichtet.) Die Finanzlage ermöglicht eine gewisse Herabsetzung der Landessteuer; es steht dafür rechnungsmäßig eine verfügbare Mehreinnahme von 4 422 896 Mk. im Staatshaushalt zur Verfügung; inbetracht kommen für die Steuersenkung nur die Grund- und Gewerbesteuer. Der verfügbare Betrag — rund 5 Millionen Mk. — entspricht etwa der Hälfte einer vierteljährlichen Steuerrate. Wirtschaftliche Erwägungen sind für diese Steuersenkung entscheidend. Weiter zu gehen, ist bei der Unsicherheit der Entwicklung der finanziellen Verhältnisse im Reiche und den Ländern im Rechnungsjahr 1925 nicht möglich. Das Ausgleichsgesetz tritt am 1. April 1925 außer Kraft. Auf die Städte wird weiter dahin gewirkt werden, daß auch sie Steuererleichterungen gewähren; es wurde im Ausschuß die Meinung laut, daß die Städte vielfach Thesaurierungspolitik treiben. Der Ausschuß empfiehlt das Gesetz zur Annahme. —)

Weiter berichtet Abg. Wittemann über einen Antrag Glockner betr. die landessteuerliche Belastung der kleinen, mittleren und großen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe in Baden, Bayern, Hessen, Preußen und Württemberg. Der Ausschuß stimmt dem Wunsche des Staatsministeriums zu, daß man jetzt von der im Antrag Glockner (der am 8. August im Landtag angenommen wurde) verlangten Statistik der Grund- und Gewerbesteuer vorerst abgesehen werde, bis die bestehenden Schwierigkeiten gehoben sind.

Es sind zu dem vorliegenden Gesetzentwurf einige Anträge eingegangen, die der Präsident verliest. — Abg. Rüger (Ztr.) fordert, daß diese Anträge im Haushaltsausschuß vorher verhandelt werden. Heute aber muß das vorliegende Gesetz erledigt werden, was auch Abg. Wittemann verlangt. Abg. Dr. Glockner (Dem.) dagegen fordert, daß die Anträge mit dem Gesetz beraten werden, und zwar zunächst im Haushaltsausschuß. — v. Au (Ldb.) äußert sich im gleichen Sinne. Abg. Rückert (Soz.) ist gegen die Ansicht Dr. Mattes, daß alle Anträge im Haushaltsausschuß behandelt werden. Abg. Dr. Mattes meint, die Durchführung des Gesetzes (Nichterhebung eines Achtels der Steuer) erfordere keinerlei vorhergehende Maßnahmen, die Verabschiedung des Gesetzes eile also nicht so sehr. Abg. Gebhard (Ldb.) ist der gleichen Ansicht. Abg. Wittemann (Ztr.) stimmt einer Rückverweisung an den Haushaltsausschuß zu, protestiert aber gegen die Unterstellung des Abg. Dr. Mattes, als ob die Anträge der Minderheit im Landtag schlechter behandelt würden. Abg. Ritter (Komm.) ist gegen eine Rückverweisung der Anträge in die „Dunkelkammer“.

Der Haushaltsausschuß wird heute nachmittag über die Anträge zu dem Gesetz beraten und die Vorlage wird morgen (Mittwoch) im Plenum weiter beraten werden. Gegen Schluß dieser Geschäftsordnungsdebatte verwahrte sich Abg. Rüger (Ztr.) gegen den aggressiven Ton, den Abg. Dr. Glockner gegen die Zentrumsfraktion angeschlagen habe (die heute nachmittag 3 Uhr nochmals Fraktionssitzung hält, so daß der Haushaltsausschuß erst später, halb 6 Uhr, zusammentreten kann).

Alsdann berichtet Abg. Dr. Glockner Dem.) über den Gesetzentwurf betr.

die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues.

Das Bürgschaftssicherungsgesetz datiert vom vom 6. Juli 1918 und unterlag in seiner Durchführung den verheerenden Einflüssen der Inflation. Der nach dem Gesetz von 1918 zulässige Höchstbetrag der Bürgschaftsübernahme mit (damals) 7½ Millionen Mark entsprach nach dem Dollarstand im Juli 1918 einem Wert von rund 5½ Millionen Goldmark; dieser Betrag ist auch heute zugrunde gelegt und die Ermächtigung zur staatlichen Bürgschaftsübernahme zunächst auf 5 Millionen Mark begrenzt, womit man den Anforderungen der nächsten Bauperioden u genügen glaubt. Im Ausschuß wurde allerdings bezweifelt, ob der Betrag ausreicht. Nach einer kurzen Aeußerung der Frau Unger (Komm.), die von der Regierung Richtlinien für die Verwendung der Bürgschaft verlangt, wird der Gesetzentwurf in beiden Lesungen einstimmig angenommen und als dringend erklärt.

Abg. Wittemann (Ztr.) berichtet alsdann für den Haushaltsausschuß über die Denkschrift der Regierung betr. die Entwicklung

der Badischen Kraftverkehrsgesellschaft.

Diese Gesellschaft entstand aus den während des Krieges zur Hebung der Verkehrsnot von der Heeresverwaltung gebildeten sogen. Heimatkolonnen, die wegen der weitgehenden Zerrüttung des Verkehrswesens auch nach Beendigung des Krieges zunächst als Zivildienststellen des Reiches weitergeführt werden mußten. Die Gesellschaft hat auch für öffentliche Zwecke sehr wertvolle Dienste geleistet, z. B. im Güterverkehr nach Kehl. Auch sicherheitspolizeiliche Gründe ließen die Bereithaltung des vorhandenen Kraftwagenparks in jener Zeit erwünscht erscheinen. Baden erstrebte, als die Verkehrsverhältnisse sich wieder besserten, eine Liquidation der Gesellschaft an, das Reichsministerium verweigerte aber die Zustimmung zur Liquidation (das Reich ist an der bad. Kraftverkehrsgesellschaft mit 1 Drittel, das Land Baden mit 2 Drittel des Stammkapitals beteiligt). Das Reichsverkehrsminister um will, im Interesse der Wirtschaft, diesen gemeinnützigen Großbetrieb in allen Reichsteilen erhalten und die Kraftverkehrsgesellschaften in eine enge Arbeitsgemeinschaft mit der Reichsbahn bringen, um die Güterbeförderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zwischen Reichsbahn und Kraftverkehrsgesellschaft zu teilen. Baden mußte also dem Weiterbestehen der Gesellschaft zustimmen und seinen Anteil an der zum Zwecke einer bessern Ausstattung mit Kraftwagen notwendigen Erhöhung des Geschäftskapitals um 100 000 Mk., also 66 667 Mk. (2 Drittel) übernehmen; der Haushaltsausschuß beantragt Zustimmung.

In der Diskussion bringt Abg. von Au (Ldb.) Bedenken des Transportgewerbes zur Sprache, das sich durch die Kraftverkehrsgesellschaft bedroht fühlt; man solle vor der Verabschiedung der Materie erst diese Interessenten hören. Er stellt den Antrag auf Zurückstellung.

Innenminister Remmele ist gegen den Antrag. Die Kraftverkehrsgesellschaft sei älter als die in Betracht kommenden privaten Unternehmungen; ihre Tätigkeit ist außerdem beschränkt. Die Regierung ist in einer Zwangslage; bei anderer Sachlage kann die Liquidation wieder in Frage kommen. Der Antrag v. Au wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

In der Diskussion über die Denkschrift spricht sich Abg. Ritter (Komm.) gegen die Gesellschaft aus, deren Wagenpark in erster Linie zu polizeilichen Zwecken, gegen streikende Arbeiter, bestimmt sei. Abg. v. Au (Ldb.) weist darauf hin, daß der Verkehrsausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages sich gegen die Ausdehnung der Monopolstellung der Kraftwagengesellschaft ausgesprochen habe. Minister Remmele erklärt, das Unternehmen habe durchaus privaten Charakter, es werde allerdings auch für den Schutz des Staates gebraucht.

In der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen und die Regierung zu ermächtigen, im Sinne derselben den neuen Vertrag abzuschließen, mit allen gegen die Stimmen des Landbundes und der Kommunisten angenommen.

Zur Besprechung kommt noch eine „Förmliche Anfrage“ der Abgg. Weber (Vp.) u. Gen., betr. die Wiederaufnahme des Zinsen- und Schuldendienstes der badischen Eisenbahnschuldverschreibungen.

Der Regierungskommissar Dr. Mühe beantwortet die Anfrage: Durch Uebernahme der badischen Eisenbahnen habe das Reich die Schulden mitübernommen. Die Frage kann daher nur einheitlich im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern geregelt werden, der eine der ersten Aufgaben des Reichstags ist. Bei dieser Gelegenheit wird das Land Baden mit allen Mitteln dafür wirken, daß der Zinsen- und Schuldendienst der Eisenbahnschuldverschreibungen wieder aufgenommen, aber spekulative Elemente von der Aufwertung ausgeschlossen bleiben.

Hier wird abgebrochen. Fortsetzung Mittwoch 9 Uhr.

Vom Hagenschieß.

Der Hagenschieß ist ein großer vom Schwarzwald in das flachere Land vorschießende Waldkompler, schon zu Römerzeiten besiedelt, wie zahlreiche Funde von mehreren römischen Villen aufweisen, eine davon stand beim Seehaus, im Mittelalter berüchtigt wegen des Räuberunwesens, das zeitweilig dort herrschte. Auch das sogen. Kanzlerschloß stand in diesem Walde auf einem Vorsprunge zwischen Eutingen und Pforzheim, heute noch Kanzler genannt. Der Hagenschieß ist auch der Schauplatz jenes Ueberfalles, den Götz von Berlichingen, wie er in seiner Selbstbiographie schreibt, auf durchreisende Nürnberger Kaufleute machte, freilich nicht allein um sich zu rächen, sondern auch der Beute wegen.

Heute ist der Hagenschieß zwischen Württemberg und Baden aufgeteilt. Der badische Hagenschieß ist etwa 8000 Morgen groß und bildet eine eigene Gemarkung, die außer dem Seehaus bis vor kurzem ganz unbewohnt war. Nun ist aber dieser badische Hagenschieß der Schauplatz einer modernen Räubergeschichte geworden, welche demnächst die Gerichte beschäftigen wird. Der unterrichtete Leser wird wissen, daß es sich um die verunglückte Hagenschieß-Siedelung handelt. Hier nur so viel, daß an dem Mißlingen die Fehler und Verfehlungen in der Leitung und Verwaltung wohl allein nicht schuld waren, sondern ebenso und vielleicht mehr noch die getäuschten Hoffnungen und der „Geist“ der Ansiedler.

Wer heute die Siedlungsberichte aus Argentinien oder Paraguay liest, der wird bestätigt finden, daß alle die Auswanderer, welche in der Hoffnung auf ein angenehmes Leben Kolonisten geworden sind, enttäuscht umkehren, er weiß auch, daß es mit Achtstundentag und Minimallohntarif (per Stunde so und so viel) da nicht geht, wer so rechnet, bleibe weg. Das waren sicher die Grundfehler, an welchen die im Revolutionsgeist entstandene badische Hagenschießgründung von Anfang an krankte. Dem Gerichtsurteil sei damit in keiner Weise vorgegriffen. Nur wenige Worte über den dermaligen Stand des Unternehmens, den wir bei einem kürzlichen Ausflug zur Hagenschießsiedelung kennen gelernt haben. Wir kamen von Eutingen aus in einer kleinen Stunde dahin. Von Pforzheim her ist es ungefähr ebensoweit, über das Seehaus etwas weiter. Auf einer gerodeten Fläche, zu einem kleinen Teil wüst liegend und noch mit Baumstümpfen übersät, so daß man beinahe den Eindruck der Urwald-Siedelung bekommt, gewahren wir ziemlich in der Mitte am oberen Ausgange eines kleinen Tales, durch welches die Straße hinanzieht, ganz neue, schön und planmäßig aufgeführte Oekonomiegebäude, drum herum einige kleinere Gebäude, davor aber ein stolzes 2½stöckiges Haus, Wohnhaus des Erbauers von all den Gebäuden, die man sieht, und gut eingerichtetes Wirtshaus „Hagenschieß-Siedelung“. Ein vorzügliches Wirtshaus, auch für Sommergäste, in welchem wir neben ausgezeichneter Verpflegung auf dem Radiowege ein Stuttgarter Konzert genießen. All die Gebäude, die wir da sehen, sind von dem Wirte, Herrn Klaus-Niefern, mit Hilfe einiger Handwerker selbst erbaut. Die schönen Oekonomiegebäude mußte er wieder an den badischen Domänenfiskus veräußern, von dem er nun den Hauptteil der Siedelung, etwa 400 Morgen in Pacht hat; weitere 100 Morgen wurden an die Gemeinde Eutingen in Pacht gegeben. Der Pächter mit seiner aus wenigstens zwölf Köpfen bestehenden Familie bewirtschaftet das Gut mit Fleiß und Ausdauer, das zeigt uns jeder Blick. Da geht die Arbeit Jahr und Tag, Tag und Nacht, Sommer und Winter, da gibt es weder Achtstundentag noch Lohntarif, in Jahren erst sieht er die Früchte seiner Arbeit. Wir gönnens ihm. Wir besichtigen noch kurz die Oekonomie, die Stallungen mit 18 Pferden und 40 Kühen, wohl 100 haben Platz, Scheunen. Maschinen und Werkstätten, Sattlerei, Schmiede, Wagnerei, da wird überall gearbeitet. Ueberall unermüdlicher Fleiß. Vorbedingung und Hoffnung auf eine glückverheißende Zukunft. Wir nehmen Abschied von unserem freundlichen Wirte. Vereinzelte Föhren, Reste vom früheren Hagenschieß, winken uns, Pinien gleich, Abschiedsgrüße zu und vollenden die Elegie des winterlichen Abends.

Die Siedler, die anfangs in Militärbaracken hausten, sind bis auf eine oder zwei vom Hagenschieß verschwunden. Es wirft sich die Frage auf, was vorteilhafter sei, Dorfsiedelung oder Domänenwirtschaft. Die Lösung ist nicht einfach. Es können beide Arten in Betracht kommen. Im vorliegenden Falle scheint eine Lösung gefunden durch Abgabe eines Teils an die aus Arbeiterbevölkerung bestehende Gemeinde Eutingen, welche die Aecker parzellenweise verpachtet. R. N.

Kirchliche Nachrichten.

Der Frühjahrspilgerzug

des Deutschen Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg hat unter den badischen Katholiken solch lebhaften Anklang gefunden, daß er bereits seit Wochen bis zum letzten Platz besetzt ist. Außerdem haben sich für den Herbstpilgerzug schon einige hundert Pilger fest angemeldet. Da es nicht möglich ist, den Pilgersonderzug im Frühjahr noch zu erweitern, hat der Deutsche Caritasverband mit Rücksicht auf die immer noch einlaufenden Anmeldungen mit Genehmigung der Kirchenbehörde sich entschlossen, neben diesem Sonderzug eine Gesellschaftsfahrt zu veranstalten, die zur gleichen Zeit wie der Sonderzug in Rom ist und mit den übrigen Pilgern an der Papstaudienz teilnehmen wird. Die Teilnehmer der Gesellschaftsfahrt werden in Sonderwagen 2. Klasse mit den fahrplanmäßigen Schnellzügen befördert. Das Programm ist gegenüber dem des Pilgerzugs wesentlich reichhaltiger. Es ist folgender Weg vorgesehen: Freiburg — Luzern — Gotthardt — Lugano (Uebernachten) — Mailand — Genua (Uebernachten) — Rapallo — Pisa — Rom (6 Tage Aufenthalt) Neapel (3 Tage Aufenthalt mit Ausflügen nach Pompeji und Capri) — Perugia (Uebernachten) — Assisi — Florenz (Uebernachten und Ausflug nach Fiesole) — Venedig (Uebernachten) — Padua — Gardasee — Mailand (Uebernachten) — Domodossola — Simplon — Lötschberg — Bern — Basel — Freiburg. Die Abfahrt ist auf den 21. April, die Rückkehr auf den 11. Mai festgesetzt. Die Höchstzahl der für diese Gemeinschaftsfahrt zulässigen Teilnehmer ist auf 80 festgesetzt. Der Preis steht noch nicht endgültig fest, wird aber voraussichtlich den Betrag von 700 Mark in 2. Klasse nicht überschreiten. In diesen Preisen ist enthalten: die Fahrkosten, Wohnung und Verpflegung in ersten Hotels, sämtliche Wagen- und Autofahrten, die Führung, die Eintrittsgelder in die Museen und Galerien, die Trinkgelder, Steuern und Taxen. Die Anmeldungen können bis spätestens Ende dieses Monats vom Pilgerbüro des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg i. Br., Werthmannhaus, Werderstr. 4, entgegengenommen werden. Auf diese Weise ist allen denen, die mit dem Frühjahrspilgerzug nicht mehr mitkommen können, Gelegenheit zu einer Rom- und Italienfahrt mit besonders schönem Programm gegeben. Der etwas höhere Preis erklärt sich daraus, daß für Gemeinschaftsfahrten nicht die hohe Preisermäßigung auf den Bahnen gewährt wird, wie für Teilnehmer, die mit Sonderzügen fahren.

Handel u. Volkswirtschaft.

Börsenbericht.

Berlin, 20. Jan. Die gestrige Regierungserklärung, die sich als ein Programm parlamentarischer Arbeit darstellt, wurde von der Börse recht günstig aufgenommen und man glaubt, in ihr eine Möglichkeit des weiteren wirtschaftlichen Aufbaues unter Berücksichtigung der notwendigen Reformen zu sehen. Namentlich die Ausführungen über die Steuerreform haben die Börse befriedigt. Die gestrigen erhöhten Nachbörsenkurse am Montanmarkt konnten heute teilweise noch überschritten werden, wobei einzelne Spezialwerte in den Vordergrund traten, so Köln-Neuessen, die im Hinblick auf die scharfe Steigerung von Harpener als zurückgeblieben betrachtet werden. Auch die übrigen Montanwerte eröffneten durchweg fest, obwohl sich hier das Geschäft in wesentlich engerem Rahmen hielt. Am Bankenmarkt bleiben Reichsbankanteile gesucht, doch kam auch infolge von Gewinnrealisationen reichliches Material heraus. Im übrigen werden erneut Hochbahnaktien gesucht. Auch für Kanada hat sich das Interesse wieder belebt. Am Markt der heimischen Renten hat die Regierungserklärung über die Aufwertungsfrage keinerlei Einwirkung ausgeübt. Die Börse hat sich damit abgefunden, dass das Aufwertungsproblem vom sozialpolitischen Standpunkt aus gelöst wird. Kriegsanleihe 0,95—0,945, 23er K.-Schätze 2,60, 3½ Konsols 1,412, Schutzgebiete 6⅝. Am Geldmarkt sind keinerlei Veränderungen eingetreten. Geld bleibt bei den bisherigen Sätzen leicht zu haben. Am Privatdiskontmarkt sind erstklassige Diskonte zu 8 Prozent gesucht. Am internationalen Devisenmarkt nur geringfügige Veränderungen. Am Montanaktienmarkt waren Köln-Neuessen 2,3 höher, Essener Steinkohle plus 1⅝, Phönix plus 1,5; im übrigen betrugen die Besserungen bei den führenden Werten ½—¾ Bill. Prozent. Auch Kaliwerte durchweg um ½ Prozent gebessert, desgleichen Farbwerte. Elektrizitätswerte im allgemeinen wenig verändert. Unternehmungen und Lieferungen je plus 1,25. Von Bahnaktien gewannen Hochbahn 1,75, Kanada 1 während Baltimore auf Gewinnrealisationen abgeschwächt waren. Bankaktien ruhig: Berliner Handelsanteile minus 1. Maschinenaktien grösstenteils leicht befestigt: Augsburg-Nürnberg minus 1,25, Schubert u. Salzer minus 1,5. Von sonstigen Industrieaktien Stöhr plus 1. Ausländische Renten lagen sehr ruhig. Im Verlauf der ersten Börsenstunde flaute das Geschäft ab.

*

Rheinische Hypothekenbank Mannheim. Die ausserordentliche Generalversammlung genehmigte den Umstellungsvorschlag, wonach das Aktienkapital auf 6 Millionen Mark Stamm- und 5000 Mk. Vorzugsaktien zusammengelegt wird, bei Ueberweisung von 2,89 Millionen an die Reserve.

Karlsruher Bürgerausschuß.

Karlsruhe, 20. Januar.

Der Bürgerausschuß trat bei Anwesenheit von 62 Stadtverordneten am Dienstag nachmittag zusammen, um die am Freitag nicht ganz durchberatene Tagesordnung zu erledigen. Es wurde in der Beratung der Vorlage

„Wohnungsbau 1925“

weitergefahren. Stadtv. Meinzer (D. Volksp.) stellte den Standpunkt seiner Fraktion fest und betonte, daß diese der Vorlage zustimmen wird, für die Zukunft aber energisch für die Herbeiführung der freien Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt eintreten wird. Er begründete den Antrag der Volkspartei, die Grenze der Darlehen für 5-, 6- und 7-Zimmerwohnungen auf 7500 Mk. festzusetzen. Der Redner wünschte im Interesse des Bauhandwerks, daß der Anfang mit der Bebauung des Ettlingertorplatzes, für den nun der Bebauungsplan festgestellt sei, gemacht werde. Zu den am Freitag gemachten Ausführungen Dr. Weiperts Stellung nehmend, bemerkte der Redner, daß die Aufwertung nötig sei. Er brachte einen Vorschlag von Regierungsrat Amberger ein, nach dem die Stadt sich als Darlehensvermittlerin betätigen solle. Der Redner stimmte namens seiner Fraktion der Vorlage zu und dem sozialdemokratischen Antrag, die Höhe der Darlehen für 3-Zimmerwohnungen auf 6000 Mk. festzusetzen. — Stadtv. Bauer (Komm.) hielt die angeschnittene Frage für äußerst wichtig und bekannte sich als unentwegter Anhänger der Wohnungszwangswirtschaft. Er wünschte Berücksichtigung der Genossenschaften bei der Gewährung von Baudarlehen und stimmte namens der Partei der Vorlage und dem sozialdemokratischen Antrag zu. — Stadtv. Töpper (Soz.) wunderte sich, daß ein Streit wegen Zwangs- und freier Wirtschaft entbrannt sei. Nach seiner Ansicht habe dies mit der Errichtung von Neubauten nichts zu tun. Er stellte sich auf den Standpunkt des Stadtv. Weipert (Ztr.), daß die Wohnungszwangswirtschaft erst dann abgeschafft werden könne, wenn genügend Wohnungen vorhanden seien. Der Redner bemerkte, daß seine Partei die Frage der Zwangswirtschaft nur vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachte. Er trat namens seiner Fraktion dafür ein, daß die Gebäudesondersteuer für Wohnungszwecke verwendet werden solle. — Stadtv. Pönnicke (Wirtsch. Vgg.) forderte den Abbau der Zwangswirtschaft. Er stimmte den Ausführungen des Stadtv. Weipert zu. — Stadtv. Lang (Dnatl.) brach mit Stadtv. Töpper und Stadtv. Bauer zur Erheiterung des Saales einige Lanzen und stimmte dem deutsch-volksparteilichen Antrag zu. — Nach Ausführungen des Stadtv. Höhn (Soz.) wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. — Bürgermeister Schneider nahm in seinem Schlußwort zu den in der Aussprache gemachten Anregungen Stellung und bemerkte, daß er an den Bestimmungen der Vorlage über die Höhe der Darlehen (5000 Mk.) festhalte. Er wies darauf hin, daß dies die Regel sein solle, in besonderen Fällen werden Ausnahmen zugelassen werden. Richtigstellend bemerkte er, daß die Genossenschaften nicht vernachlässigt würden. Wir bräuchten aber die Konkurrenz zwischen Genossenschaften und Privatwirtschaft. Der Anregung des Stadtv. Weipert in der Aufwertungsfrage (siehe „B. B.“ vom Dienstag) steht Bürgermeister Schneider sympathisch gegenüber. Er stellte fest, daß die aus der Gewährung der Baudarlehen gemachten Gewinne besonders gesammelt werden. — Nachdem Oberbürgermeister Dr. Finter nochmals für die Vorlage gesprochen hatte, wurde in die Abstimmung eingetreten. Die Vorlage wird, nachdem alle Anträge entweder abgelehnt oder zurückgezogen wurden, auch die Sozialdemokraten hatten ihren Antrag zurückgezogen, einstimmig angenommen.

Zur Beratung stand nach diesem die Gewährung eines Darlehens an die Karlsruher Baustoffindustrie G. m. b. H.. Der Stadtratsbeschluß lautet: „1. Die Stadt gewährt der Karlsruher Baustoffindustrie G. m. b. H. zum Zwecke der Finanzierung eines neuen Kalkwerks ein Darlehen bis zum Höchstbetrag von 90 000 Reichsmark. 2. Der gleichzeitig seitens der privaten Gesellschafter erfolgenden unentgeltlichen Uebertragung von Stammanteilen auf die Stadt bis zum Höchstbetrag von 29,4 v. H. wird zugestimmt. 3. Die gemäß Ziffer 1 erforderlichen Mittel sind dem Grundstock zu entnehmen. Der Bürgerausschuß wird um seine Zustimmung hierzu ersucht.“ Bürgermeister Schneider führte in der Begründung aus, daß die Stadt kein so großes Interesse wie zur Zeit der Gründung für die G. m. b. H. habe, doch müsse diese wegen ihrer preisregulierenden Tätigkeit erhalten werden. Wenn die Stadt das Darlehen nicht gäbe, so müßte sie sich von der Gesellschaft trennen und würde dadurch einen Vermögensverlust erleiden. Dem Antrag von der rechten Seite des Hauses, die Stadt möge sich von der Beteiligung an der G. m. b. H. zurückziehen, trat der Bürgermeister entgegen. — Nach der Begründung durch Obmann Rothweiler eröffnete Stadtv. Dümas (Dnatl.) die Diskussion. Er meinte, die Stadt sollte die Finger von solchen Sachen lassen. — Bürgermeister Schneider wandte sich gegen den Ausdruck von Dümas, diese G. m. b. H. sei ein Bankrottbetrieb, das sei völlig unbegründet. An der Diskussion beteiligten sich noch Stadtv. Westenfelder (Komm.), Stadtv. Fromherz (W. Vgg) und Stadtv. Töpper (Soz.) Letzterer trat für die Vorlage ein. — Stadtv. Graf (Ztr.) war der Meinung, daß man das Für und Wider genau abwägen solle. Das Werk sei in einem guten Zustand, es werde aber nicht sehr preisregulierend wirken. Wir werden wieder Knappheit bekommen, wenn die Bautätigkeit steigt und es ist dann gut, wenn die Stadt ein solches Werk in Händen hat. Vorläufig muß der Meinung des Zentrums nach die Stadt in der G. m. b. H. bleiben. Nach einigen Bemerkungen des Stadtv. Meinzer (D. Vp.) wurde in die Abstimmung eingetreten, die eine große Mehrheit für die Vorlage ergab; diese ist hiermit angenommen.

Bürgermeister Sauer übernahm nun den Vorsitz und begründete die Vorlage, dem Oberbürgermeister neben seinem jeweiligen Diensteinkommen als Dienstwohnung das städtische Haus Friedrichsplatz Nr. 14 einschließlich Heizung, Beleuchtung und Unterhaltung des Ziergartens unentgeldlich zur Verfügung zu stellen. — Die Vorlage wurde einstimmig gegen die Kommunisten angenommen. Die Tagesordnung war damit erschöpft und die Sitzung um ¾7 Uhr zu Ende.

Karlsruhe

den 21. Januar 1925.

Das Jugendsparwesen.

Das Sparen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. In Deutschland muß das durch die Inflation gestörte Sparwesen aufgebaut und der Sparsinn des Volkes durch alle nur möglichen Maßnahmen wieder geweckt und gefördert werden. Vor allem muß damit bei der Jugend angefangen werden. Denn „jung gewohnt, alt getan“. Es sind auch zu diesem Zwecke in vielen Städten Schulsparkassen errichtet worden.

Dieses Sparsystem ist seit 25 Jahren praktisch erprobt und von Schulbehörden und Sparkassenverbänden als das beste erklärt worden. Die Belastung der Lehrpersonen ist hiernach sehr gering. Es wirkt ungemein anregend, weil es dem natürlichen Sammeleifer der Jugend Rechnung trägt und durch frühe Gewöhnung wirksam die Erziehung zur Sparsamkeit fördert.

Jedes Kind erhält ein Sparbuch zum Einkleben der Einheitsmarken zu 10 Pfg. Die Bücher werden in der Schule aufbewahrt und nur am Ende des Monats den Eltern zur Kontrolle und Unterschrift vorgelegt. Die verausgabten Sparmarken sind mit dem Datumstempel entwertet. Die Gelder werden von den Lehrern der einzelnen Klassen an eine beauftragte Lehrperson der Schule, den sogenannten Sparleitern, abgegeben, und auf ein Sparkassenbuch, welches auf den Namen der Schule lautet, bei der Sparkasse eingezahlt. Die Sparkassen gewähren in der Regel für die Einlagen der Schulsparkassen einen höheren Zinssatz. Ferner liefern die Sparkassen den Schulen sämtliche Anlagen kostenlos. Die Eltern werden es den Lehrern danken, wenn sie mit ihnen Hand in Hand bestrebt sind, die herrschende Vergnügungs- und Verschwendungssucht der Jugend zu bekämpfen, in ihr den Begriff von Geld und Geldeswert zu schärfen und sie zur wirtschaftlichen Vorsorge zu erziehen.

Presse-Verein. Die Vorstandssitzungen, die wegen Erkrankung verschiedener Vorstandsmitglieder einige Wochen ausfallen mußten, werden von Mittwoch, den 21. Januar, an wieder regelmäßig aufgenommen. Die Sitzungen finden am 1. und 3. Mittwoch eines jeden Monats um ¾7 Uhr in der „Badenia“ statt. Nächste Sitzung am Mittwoch, den 21. Januar, ¾7 Uhr in der „Badenia“. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten angesichts der Wichtigkeit der Sache vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Der kath. Männerverein St. Stefan bringt in seinem Vereinsabend heute (Mittwoch) abend halb 9 Uhr im Moninger (Gartensaal) einen Vortrag des hochw. Herrn Kaplan Wagner über „Die Geschichte und der Sinn des heiligen Jahres“, der sehr interessant zu werden verspricht. Wir wollen nicht verfehlen, noch besonders darauf aufmerksam zu machen.

Erdbeben. Der Seismograph des geodätischen Instituts der Technischen Hochschule registrierte am Montag nachmittag ein heftiges Erdbeben. Der erste Einsatz erfolgte um 1.18 Uhr, die größten Ausschläge des Instruments wurden um 1 Uhr 52 Min. 28 Sek. aufgezeichnet. 2 Uhr 26 Min. 28 Sek. kam der Apparat wieder zur Ruhe. Der Herd des Erdbebens liegt ungefähr 8500 km von hier entfernt.

*

Mysterienspielaufführung in der Weststadt.

Zu einer Weihestunde im schönsten Sinn des Wortes lud der Jugend- und Jungmännerverein St. Bonifaz auf vergangenen Sonntag abend. Man war gewiß, von dieser Spielschar unter der guten Leitung ihres Präses, nur Wertvolles zu sehen und zu hören. Ein Mysterienspiel von Franz Herwig ging über die Bühne, ein Advent- und Weihnachtsspiel. Es stellt dar die Not der modernen Seele und ihr Schrei nach Erlösung. Es tönt uns entgegen die Klage des modernen Menschen, den die entgottete Welt unbefriedigt läßt, und der an dem Mechanismus der entseelten Arbeit zugrunde geht. Der wartenden und suchenden Menschheit bietet sich zuerst Frau Welt an und verspricht Stillung aller Sehnsüchte und Wünsche. Ihr nach im Tanzschritt eilen Vater und Mutter, Frau und Kind, der arbeitende und der studierende Sohn und als echtes Weltkind die Tochter. Es ist den Mysterienspielen eigen, nicht Personen, sondern Typen aufzustellen.

Im zweiten Bild tritt der Prophet auf unter dem Namen Johannes. Er ist die Stimme des Rufenden in der Wüste, der Johannes und Vorläufer Christi, zugleich auch der Ruf der Kirche an die moderne Menschheit und die ringende, suchende Seele. Aus tiefer Wüsteneinsamkeit ruft ihn die Stimme Gottes und stellt ihn hinein in das brausende Leben der Welt; sie dünkt ihn schlimmer als seine Wüste, er findet in ihr nicht mehr seinen Gott und unter allem Lachen, Tanz und Treiben sieht er eine trostlose gottfremde Oede. Da ruft ihn die Stimme Gottes und erweckt in ihm von neuem den Mut, den Schling abzustreifen und hineinzutreten in den Wirbel und zu kämpfen um die Seele mit Frau Welt. Und wenn er auch dabei sein Leben läßt, er stirbt als Sieger. Echt charakteristisch ist das Auftreten des Todes, dessen grausiges Erscheinen Ewigkeitsschauer die Verblendeten ahnen läßt.

Als drittes Bild tritt vor uns die Seele, die arme einsame frierende Seele. An einer Straßenecke der Großstadt steht sie mit ihrem Lichtlein und fleht jeden Vorübergehenden an, um Gedenken an seine Seele. Mit Hohn und Spott gehen sie vorüber und wo ein Ewigkeitsgedanke aufdämmern will, wird er beiseite geschoben. „Hab' keine Zeit, keine Zeit, keine Zeit, keine Zeit“ sagt der „geschäftige“ Mann und der „mächtige“ Mann zieht mit ihm einträchtig Frau Welt nach. Nur das Kind und der studierende Sohn, diese Faustnatur, die mit heißem Bemühen nach Erkenntnis ringt, sie folgen der Seele. Der dem Tod geweihte Johannes siegt über Frau Welt und ein Engel tritt herein mit der Frohbotschaft, daß die Erfüllung der Zeit gekommen, Erwarten und Sehnen der Seele gestillt wird im Kindlein von Bethlehem. Ein lebendes Bild, der Stall in Bethlehem, bildete den Abschluß.

In atemloser Stille hatten die überaus zahlreich Erschienenen dem Spiel gelauscht und tiefe Ergriffenheit spiegelte sich auf aller Mienen. Keinerlei Dekoration störte die Wirkung, nur ein geschickt da und dort angebrachter Lichtstrahl hob die Wirksamkeit der geradezu erschütternden Bühnenbilder. Die Darsteller von Vater und Mutter waren von packender Realität und die Klage der so einfachen Sprache griff tief ans Herz. Der Arbeitersohn wußte seine überwältigende Lebensgier, die ihn zum Revolutionär und Mörder macht, lebenswahr zum Ausdruck zu bringen. Typen des Großstadtproletariats zeigten Mutter und Kind, die erste in verbissener Verzweiflung, das Kind in rührender Kindlichkeit. Der studierende Sohn stellte den Typ des modernen Faust, der ringt und immer nach dem Höchsten greifend unbefriedigt ist, klar und von Leben durchpulst auf die Bühne. Frau Welt war in Erscheinung und Spiel eine Prachtgestalt, die jeder Bühne zur Ehre gereichen würde. Die Tochter, das echte Weltkind, zeigte in temperamentvollem Spiel, das moderne Großstadtkind, das schon beginnt auf der Rutschbahn des Lebens zum Gleiten zu kommen. Der mächtige und der geschäftige Mann, sie brachten eine hypermoderne Note in das Bühnenbild; lebensgetreu war die Darstellung der ewig geschäftigen und treibenden Mächte, denen nur in Geschäften wohl ist, die gerade noch knapp am Zuchthaus vorbeiführen. Maske und Spiel des Todes waren von schauerlicher Wirklichkeit. Die Darstellung der Seele war von einer geradezu rührenden Einfachheit und schlichten stillen Schönheit über die der Schleier tiefer Wehmut um Nichtverstandensein und Einsamkeit gebreitet lag. Inmitten der Großstadttypen trat Johannes in herb alttestamentlichem Gewande als Rufer und Warner auf. Ernst Worte in das seichte Treiben und weckten und schwer wie Glockenklänge tönten seine das Heimwehr nach Höhenwegen. Die Stimme des Herrn war voll Kraft und Mark, Ewigkeitsschauer zogen in ihrem Klang über die Bühne. Der Spielleiter, H. H. Kaplan Baur, hatte eine überaus glückliche Hand in der Auswahl der Mitwirkenden und wußte die rechte Kraft an den rechten Platz zu stellen. Es bedarf künstlerischen Könnens, sich so in die Idee des Stückes hineinzuleben und der Dichterseele zu folgen in ihren Intentionen bis in die feinsten äußersten Verästelungen, bis in die tiefsten Tiefen der modernen Seele und so seine Spielschar zu inspirieren und zu führen. Die Idee, die suchende Seele von dieser Seite zu fassen, ist seelische Führung von intuitiver Einfühlung und es ersteht hier dem Mysterienspiel und dessen Veranstalter eine hohe schwere Aufgabe, die gestern wirklich tiefempfunden gelöst wurde. Die Vertonung der musikalischen Einlagen besorgte Herr Oberlehrer Theodor Ziegler, der Organist der Bonifatiuskirche. Auch hier war ein Meister am Werk, der sich mit zarter Feinfühligkeit den jeweiligen Stimmungen anglich. Er verfügt über alle Töne, die ein Herz zu packen vermögen, vom tändelnden Tanzschritt, bis zur wuchtigen Tragik im Todesschrei. Wärmste Anerkennung und herzlichen Dank dem Spielleiter, dem Komponisten und den Spielern für die Stunden seelischer Erhebung. — Wie wir hören, soll am nächsten Sonntag eine Wiederholung stattfinden. Möge niemand die Gelegenheit versäumen, sich eine Weihestunde der Seele zu verschaffen!

An unsere geschätzten Abonnenten

richten wir die ergebene Bitte, uns Adressen von befreundeten Katholiken zu nennen, die vielleicht als Leser des „Badischen Beobachters“ gewonnen werden könnten. Wir senden dann an diese den „Badischen Beobachter“ 8 Tage lang umsonst und ohne jede Verbindlichkeit.

Briefkasten der Schriftleitung.

Immer wieder: Die Redaktion des Bad. Beobachters und die des St. Konradsblattes haben nichts miteinander zu tun und sind beide völlig selbständig. Wir bitten, das endlich allgemein zu beachten und nicht immer wieder Sendungen, die an das St. Konradsblatt gerichtet sind, an die Redaktion des Bad. Beobachters zu schicken.

Und nun noch eins.....

verehrte Hausfrau, glauben Sie ja nicht, daß Ihr Kaffeegetränk einwandfrei wird, wenn Sie den Kaffeebohnen einfach irgend eine Cichoriensorte zusetzen. Tatsache ist nämlich, daß man selbst guten Bohnenkaffee mit unrichtigem Zusatz verschlechtert, mit richtigem dagegen verbessert. Voelcker Perl ist der richtige, viele kluge Hausfrauen wissen es.

Karlsruher Standesbuchauszüge.

Todesfälle. 18. Jan.: Emma Schorpp, ledig, 20 Jahre alt, ohne Beruf; Theresia Kunz, 67 Jahre alt, Witwe von Stefan Kunz, Schreiner; Josef Reiß, Ehemann, 55 Jahre alt, Kaufmann; Hedwig Dauth, 1 Jahr 11 Monate alt, Vater Leonhard Dauth, Blechner. — 19. Jan.: Emilie Ernst, 80 Jahre alt, Witwe von Valentin Ernst, Oberlehrer; Jakob Barthel, Ehemann, 38 Jahre alt, Schuhmacher.

Wetternachrichtendienst d. bad. Landeswetterwarte

Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, den 21. Januar: Ebenen bedeckt bis neblig, Hochschwarzwald heiter, überall zunächst nur leichte Fröste, östliche Winde. — Desgleichen Donnerstag.

Verlegerin u. Herausgeberin: Akt.-Ges. Badenia (Wilh. Johner, Direktor). Rotationsdruck der Badenia, A.-G., Karlsruhe, Adlerstr. 42. Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: J. Th. Meyer; für Nachrichtendienst u. Feuilleton: Dr. H. A. Berger; für Lokales und Chronik: Fr. Laule, für die Anzeigen und Reklamen: Josef Ellenbaß, sämtliche in Karlsruhe.
Berliner Redaktion: Joh. Hoffmann, Berlin NW. 7, Luisenstraße 31 b.

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter spreche ich hiermit im Namen aller Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, 20. Januar 1925.

Olga Zipperlin,
Hauptlehrerin.

Waldbaur
Schokolade-Kakao

Kürzlich erschien:

Badnerland

Ein Heimatbuch von Hans Adalbert Berger

Mit Federzeichnungen von Wilhelm Müller und einer Kunstbeilage nach einem Gemälde von Hans Thoma. 412 S. Groß-Oktav. In Leinen geb. in Künstlerband 5.50 Mk.

„Badnerland“ ist ein echtes rechtes badisches Familienbuch. Es enthält das Beste was heimische Dichter und Schriftsteller in gebundener und ungebundener Dichtung von der Heimat zu erzählen haben.

Zubeziehen durch die Sortiments-Abteilung der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe

Kath. Jungmänner-Verein Südstadt.

Theater-Aufführung

Sonntag den 25. Januar, abends 1/2 8 Uhr im St. Josefshaus

„Im Krug z. grünen Kranze"

Volksstück mit Gesang in 4 Aufzügen von Hillmann.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand

EINTRITTSPREISE:
1. Platz 1.—, 2. Platz —.80 3. Platz —.50 einschließlich Steuer. 2g

Vorverkauf bei Kaufmann Weber, Ecke Marien- und Augartenstraße.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben, unvergesslichen

Anneliese

danken wir herzlichst.

Karlsruhe, den 20. Jan. 1925

Josef Schloß, Telegrapheninspekt., u. **Frau Anna**, geb. Frank.

Stammholz-Versteigerung.

Die Stadtgemeinde Ettlingen versteigert am **Montag, den 26. Januar 1925** im Walde Distrikt II 8 Kätheberg folgende Hölzer:

R.-Buchen I. Kl. 11 fm, II. Kl. 30 fm, III. Kl. 124 fm, IV. Kl. 79 fm, V. Kl. 5 fm und 16 fm Schwellenbuchen
Eichen IV. Kl. 5,80 fm und V. Kl. 7,70 fm.

Zusammenkunft vorm 9 Uhr beim Alten Fritz. Vorzeiger der Lose Oberforstwart Peil.

Bei schlechter Witterung findet die Versteigerung im Rathaus statt.

Der Bürgermeister.

Den elegantesten Maß-Anzug fertigt Ihnen

Josef Goldfarb

Kaiserstraße 181 Ecke Herrenstrasse

Ein Waggon LINOLEUM

kommt von Mittwoch, den 21., bis Samstag, den 24. d. M.

zu außergewöhnlich billigen Preisen

zum Verkauf.

Druck-Linoleum, 200 cm breit
regulär, mit kl. Fehlern und Reste . . . . . □ Mtr. 3.40 3.25 2.90 **2.75** Mk.

Inlaid-Linoleum, 200 cm breit
regulär und mit kleinen Fehlern, viele Muster . . . . □ Mtr. 6.25 **5.50** Mk.

Uni-Linoleum

200 cm breit	grün	rot	braun
1,8 mm stark, □ Mtr.	4.10	3.90	3.75
2,2 mm stark, □ Mtr.	5.—	4.80	4.60

Granit-Linoleum
200 cm breit, in vielen Farbstellungen
1,8 mm stk. □ Mtr. **4.75** 2,2 mm stk. □ Mtr. **5.75**

Druck-Linoleum-Läufer
regulär — mit kleinen Fehlern — Reste — soweit Vorrat

60 cm breit	67 cm breit	90 cm breit	110 cm breit	133 cm breit
Mtr. 2.40 **2.10**	Mtr 2.70 **2.30**	Mtr. 3.70 **3.25**	Mtr 4.70 **4.10**	Mtr 5.80 **5.00**

Inlaid-Linoleum-Läufer
regulär und eine beschränkte Anzahl Reste 1175

67 cm breit	90 cm breit	100 cm breit
Mtr. 4.50 **3.90**	Mtr 6.— **5.30**	Mtr 6.75 **6.00**

Druck-Teppiche
leicht besch adigt
200/250 cm **22.00** | 200/300 cm **27.50**

Inlaid-Teppiche
in reicher Muster ung
200/250 cm 45.- **40.00** | 200/300 60.- 55.- **50.00**

Wachstuch erstklassige Qualität, Mtr.

85 cm br	100 cm br.	115 cm br.
1.95	**2.25**	**2.55**

Wandschoner
1,25 85 ₰
35 ₰

Tischdecken

85/115	115/145
2.70	**4.35**

TIETZ

Herren-Stoffe
für
Anzüge, Beinkleider, Schlüpfer und Sportbekleidung, Knabenkleidung
weit unter Preis.
Mehle & Schlegel
Kaiserstr. 124 b.

Eintracht
Donnerstag, 22 Januar, 7 1/2 Uhr
5. Kammermusik-Abend
Schachtebeck-Streichquartett
unter Mitwirkung von
Frau Augusta Schachtebeck-Sorocker
Mozart: Klavier-Quartett g-moll
Schubert: Streich-Quartett d moll (Der Tod und das Mädchen)
Brahms: Klavier-Quartett A dur, op. 26
Karten zu 5.—, 4.—, 3.— u. 2.— bei
Kurt Neufeld.

Photograph
geübter Retuscheur, in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an
Badenia A.-G.
für Verlag und Druckerei
Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Straus & Co.
Karlsruhe
Friedrichsplatz 1, Eing. Rifterstrasse
Fernsprechanschluss:
Für Stadtgespräche: Nr. 30, 4431, 4432, 4433, 4434, 4435, 4436, 4437, 4438.
Für Ferngespräche: Nr. 4901, 4902, 4903, 4904, 4905, 4906.
Für die Devisenabteilung Nr 4439, 4440, 4441.

Colosseum
Täglich das vollständig neue
Variété-Programm.

Bettnässen Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.
Institut Winkler, München B 40
Nymphenburgerst. 168

Ia Bronze-Glocken
Gebrüder Bachert
Karlsruhe, Baden.

Intelligentes Fräulein aus guter Familie im Alter von 16—17 Jahren für
Lehrstelle
sofort gesucht.
Buchhandlung Dorer Nachf.
Erbprinzenstraße.

PHANKO
Pfannkuch
Garantiert reiner
Bienen-Honig
1 Pfund-Glas
Mk. **1.20**
einschl. Glas.
Pfannkuch

Wer über die Ereignisse des Bodenseegebietes und des bad. Oberlandes eingehend unterrichtet sein will, der bestelle die in diesen Gebieten verbreitetste Tages-Zeitung, die

Deutsche Bodensee-Zeitung

Dieselbe erscheint wöchentlich 6 Mal als Frühzeitung und verfügt über einen umfangreichen politischen und lokalen Nachrichtendienst, welcher von keiner anderen Tageszeitung dieses Gebietes erreicht wird. Infolge der großen Auflage (über 13000 Abonnenten) erzielen Anzeigen jeder Art — sichersten Erfolg. —

Verlangen Sie Probe-Nummern!

Post-Bezugspreis (mit Zustellgebühr) — — Mark 2.40 monatlich. — —

Hauptgeschäftsstelle: Konstanz a. B.
Münsterplatz 7 Telefon 43 u. 170

Geschäftsstellen in den Städten: Radolfzell, Singen a. H., Ueberlingen a. B. Stockach, Meersburg und Markdorf.

90 Trägerstellen in Landgemeinden

Bad. Jugendherbergen, Ortsgr. Karlsruhe.

Mittwoch, den 21. Januar 1925
abends 8 Uhr, im chemischen Hörsaal der technisch. Hochschule
Herr Enno Narten:
Jugendburgen und Burg Ludwigstein.
Vortrag mit Lichtbildern.
Eintritt: Erwachsene 1 ℳ Jugendliche 50 ₰
Vorverkauf: Lincks Buchhandlung, Kaiserstraße 94, Gesch.-Stelle d. Zw. Ausschusses, Bismarckstr. 10.

Hauptfriedhof Fristablauf für Feld 26.

Die Erhaltungsfrist für das allgem. Gräberfeld 26 — alter Teil des Hauptfriedhofs, — auf dem verstorbene Erwachsene in der Zeit vom 20. 5. 03 bis 21. 1. 05 beigesetzt worden sind, ist mit dem 21. 1. 1925 beendet. Das Feld wird nach diesem Zeitpunkt abgeräumt und neu belegt. Alle darauf befindlichen Grabmale u. Einfassungen — außer von verschonten Gräbern — müssen bis 15. März ds. Js., jedoch nur nach vorheriger Anzeige bei der Friedhofverwaltung, beseitigt werden. Nach dem 15. März erfolgt die Entfernung durch die Friedhofverwaltung; die abgeräumten Gegenstände fallen alsdann der Stadt zu. Wer die Verschönung einer Grabstätte während einer weiteren Umgrabungsfrist wünscht, wolle dies spätestens bis 15. März ds. Js. auf dem Friedhofbüro — vor dem Friedhofeingang — anmelden, wo auch die näheren hierfür geltenden Bestimmungen zu erfahren sind.

Karlsruhe, 17. 1. 25.

Standes- und Bestattungsamt.

Zwei unmöbl. Zimmer
hier oder Umgebung, sofort beziehbar gesucht. Angebote unt. Nr. 1204 an die Geschäftsstelle, Adlerstraße 42.

Badenia-Bücher

wertvolle Geschenke!

Hirtentreue. Neue Lebensbilder aus dem Klerus von Franz Dor. Brosch. Mk. 6.—, Gebd. Mk. 7.50.

Edle Frauen unserer Heimat. Von Franz Dor. Brosch. Mk. 1.50 Gebd. Mk 2.20.

Edle Männer unserer Heimat. Von Franz Dor. Brosch. Mk. 2.25, Gebd. Mk. 3.—

Der Giessbach. Ein Roman von Klara Philipp. Der vorliegende Roman behandelt eines der aktuellsten Eheprobleme mit einer weiblichen Feinheit der seelischen Einfühlung und einer gleichwohl männlichen Kraft der Darstellung, dass das Werk als eine der besten dichterischen Lösungen bezeichnet werden darf. Brosch. Mk. 2.75, Gebd. Mk 3.50.

Seppele. Von . . . Bei Vater und Mutter / Mit Spezel und Spel / Vom Kind zum Knaben bilden den Untertitel der Kindheitsgeschichte eines bedeutenden katholischen Parlamentariers. Ein prächtiges Geschenkbüchlein für unsere Jugend. Brosch. Mk. 2.75, Gebd. Mk. 3.50.

Der Lockenkasperle und andere Geschichten. Von Wilhelm Heftrich. Gemütvolle, kleine Volkserzählungen, welche in jede Pfarr- und Volksbibliothek gehören. Brosch. Mk. 1.75, Gebd. Mk. 2.50.

Berglieder. Von Wilh. Steinkopf. Brosch. Mk 1.40, Gebd. Mk. 2.— Für jeden Wanderer u. Bergsteiger ein willk. Geschenk!

Im Hause des Glockengiessers. Von Elise Miller. Gebd. Mk. 2.20. Eine ergreifende Geschichte einer gemischten Ehe.

Die Mondscheingräfin. Von Hugo v. Schelver. Gebd. Mk. 2.50 Ein Roman aus dem 16. Jahrhundert.

Die Bäuerin auf der Vogelenn. Von Dr. Hans Schrott-Fiechtl. Gebd. Mk. 2.— Ein Tiroler Bauernroman. Viel liebes und starkes ist darin, viel warmes drängendes Leben.

Der Letzte vom Lahneck. Von Paul Wüller. Gebd. Mk. 2.—. Ein Roman aus Rheinlands bitterer Not zur Zeit des Schwedeneinfalls.

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**

Badisches Landestheater

Mittwoch, 21 Jan. 7 1/2-9 U. Th.-G. 501-800, 1001—1500 (4.50).
Unter Leitung des Generalmusikdirektors Ferd. Wagner-Nürnberg.
Sonder-Sinfoniekonzert
des Landestheater-Orchesters.
Werke von Haydn und Reger.

Kauft bei unseren Inserenten.

Gartenstadt Karlsruhe
e. G. m. b. H.

Einfamilienhaus 4 Zimmer, Dachkammer, Garten sofort zu vermieten. Nur Mitglieder wollen sich melden bis zum 23. Januar in der Geschäftsstelle Ostendorfplatz 2 wo die Bedingungen zu erfahren sind.

Der Vorstand.

Strümpfe
werden zum stricken angenommen.
Maschinenstrickerei Englmann
Adlerstraße 4

PHANKO
Pfannkuch
Eingetroffen weitere Waggons Spanische
Orangen
schöne vollsaftige süße Frucht
10 Stück **55** Pfg.
10 Stück **75** Pfg.
10 Stück **95** Pfg.
10 Stück **1.15**
Pfannkuch